Posener Zeitung.

Dreiundsiebzigster Jahrgang.

Nr. 20.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Dienstag, 25. Januar

Inserate 1½ Sgr. die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Amtliches.

Berlin, 24. Januar. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Den Geschichts- und Genre-Maler, Professor Menzel zu Berlin, nach stattgehabter Wahl zum stimmfähigen Ritter des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste und den bisherigen Polizei-Assessor Harlan zum Polizei-Rath zu ernennen.

Der K. Eisenbahn-Baumeister Ostermeyer zu Hannover ist zur Ostbahn versetzt und demselben die kommissarische Verwaltung der Betriebs-Inspektor-Stelle zu Insterburg übertragen worden.

Die Lage der Kreisordnung.

Von entscheidender Bedeutung für das Schicksal der Kreisordnung waren die Beschlüsse, welche das Abgeordnetenhaus in der Sonnabendsitzung gefaßt hat. Das Institut des königlich ernannten Amtshauptmanns ist unwiderruflich abgewendet. Die vereinigten liberalen Parteien hatten von vornherein sich darüber verständigt, daß eine Kreisordnung, welche einen Amtshauptmann mit königlicher Ernennung als den Unterbau der Verwaltung schafft, durchaus unannehmbar sei.

So viel wir übersehen konnten, ging auch das einstimmige Urtheil der liberalen Presse dahin. Die Konservativen und die Regierung wußten dies und durften ein Nachgeben über diesen Punkt nicht erwarten. War ihnen wirklich um eine Verständigung zu thun, so mußte der Versuch einer Annäherung von ihnen ausgehen; denn ohne diese Absicht ist es unerklärlich, wie von amtlicher und offiziöser Seite auf das Zustandekommen der Kreisordnung mit Zuversicht, oder auch nur mit Wahrscheinlichkeit hingewiesen werden konnte. Ein derartiger Versuch der Annäherung hat nicht stattgefunden, sondern der Wortführer der konservativen Partei hat, ohne Widerspruch aus ihrer Mitte, die königliche Ernennung des Amtshauptmanns als die unerläßliche Bedingung der Reform der Kreisordnung bezeichnet, und die Regierung hat den Standpunkt gut geheißen. Auf diese Haltung haben die Liberalen geziemend geantwortet, indem sie ihre Anschauungen über den Amtsbezirk und dessen Vertretung zum Ausdruck brachten. Es war kein Interesse vorhanden, die Forderung des höheren Kommunalbezirks zu vertreten, so lange hiervon keine Förderung für den übrigen Inhalt der Kreisordnung zu erwarten war.

Aus dem bisherigen Gange der Verhandlungen dürfen wir feststellen, daß die Liberalen die Ordnung des höheren Kommunalbezirks als Ergänzung des vielfach unzulänglichen Gemeindewesens zu einem fundamentalen Theil ihres Programms gemacht haben. Daneben ist die Frage gestellt, ob diese Aufgabe gleichzeitig mit der Reform der Kreisordnung gelöst werden müsse, oder ob unter Umständen auf die Landgemeindeordnung verwiesen werden dürfe. Wenn jedoch aus der Gemeindeordnung und aus der Organisation der ländlichen Polizei die Schöpfung einer neuen Amtsstelle, die Amtshauptmannschaft, in die Kreisordnung aufgenommen wird, so gebietet die Konsequenz und die Vorsicht, an eine dauerhafte Schöpfung zu denken, welche den bureaukratisch-aristokratischen Charakter der Ernennung überflüssig und die im Gemeindeprinzip wurzelnde Wahl möglich macht.

Die Beschlüsse der Sonnabendsitzung fordern die Entscheidung der Regierung heraus. Will sie, ohne unannehmbare Gegenbedingungen, den schreienden Mängeln der jetzigen Kreisverwaltung abhelfen, so hat sie dies jetzt noch in ihrer Gewalt, indem sie die Reform der Kreisordnung von der Reform der ländlichen Polizei und dem Institut der Amtshauptmannschaft trennt. Schon vor der Vorlage der Kreisordnung war der Regierung bekannt, daß die Liberalen auf eine gesonderte Behandlung der beiden Gegenstände einzugehen geneigt waren. Freilich durfte die Reform der Kreisordnung keine blos provisorische Beseitigung eines augenblicklichen Nothstandes bedeuten, sondern die Reform mußte auf festen und dauernden Grundlagen gesucht werden; denn Organisationsgesetze müssen stets den Charakter der Dauerhaftigkeit an sich tragen. Will die Regierung eine solche Reform noch in dieser Session erzielen, die Gesetze über die Landgemeindeordnung und die Umgestaltung der ländlichen Polizei aber demnächst zur Berathung stellen, so ist noch jetzt die Verständigung nicht ausgeschlossen. Wenn dagegen, wie die Konservativen wollen, die Schöpfung des obrigkeitlich ernannten Amtshauptmanns gewissermaßen den Preis bilden soll, um welchen die Reform der Kreisordnung zu haben, so ist jede Hoffnung auf ein praktisches Ergebniß für diese Session verloren.

Das Abgeordnetenhaus hat jetzt abgewehrt, was die Liberalen einstimmig für eine schwere Gefahr halten. Das weitere Verhandeln über positive Ergebnisse hängt von dem Verhalten der Regierung ab, welche nunmehr entschiedene Stellung nehmen muß.

Deutschland.

⊙ **Berlin**, 24. Jan. Ueber das Schicksal der Kreisordnung ist nach Schluß der Sonnabendsitzung zwischen Hrn. v. Forckenbeck und Graf Bismarck Berathung gepflogen worden. Es beweist dies wenigstens den ungemeinen Werth, der von Seiten der Regierung auf die Ueberwindung der Schwierigkeiten gelegt wird. Die Sonnabendsitzung hatte die Situation in gewisser Beziehung sehr vereinfacht und geklärt. Einerseits war die Idee einer „Noth-Kreisordnung" weggefallen, die auf liberaler Seite nie den geringsten Anklang gefunden hatte, andererseits war die Aussicht geschwunden, daß die liberalen Parteien in der Frage der ländlichen Polizei und der Amtshauptmannschaft zur Nachgiebigkeit zu bewegen oder zu überstimmen seien. War überhaupt noch irgend ein Weg angezeigt, um zum Ziele zu kommen, so konnte es nur der sein, diese Punkte als solche, über die keine Verständigung zu erzielen, gänzlich auszuscheiden und die Reform der Kreisordnung demgemäß zu beschränken. Dieselbe würde dann hauptsächlich noch die Organisation der Kreisvertretung und die Einsetzung des Kreisausschusses umfassen, dagegen von der Reform der ländlichen Polizei und dem Institut der Amtshauptmannschaft gänzlich abzusehen haben, vorbehaltlich ihrer Regelung bei Berathung der Landgemeindeordnung. Dem Vernehmen nach soll sich der Meinungsaustausch zwischen dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses und Hrn. v. Bismarck hauptsächlich auf der Basis eines solchen Vorschlags bewegt haben und wenn es sich bestätigt, daß die Berathung der Kreisordnung fortgesetzt werden soll, so würde hierin wohl ein Anzeichen dafür zu erblicken sein, daß die Regierung nöthigenfalls sich auch einem solchen Auskunftsmittel anbequemen würde. Andererseits heißt es freilich, daß in dem gestern abgehaltenen Ministerrath eine ganz entgegensetzte Strömung geherrscht habe und daß nichts weniger wie Geneigtheit vorhanden gewesen sei, einen Weg wie den hier angedeuteten zu beschreiten. Die Durchberathung der Kreisordnung würde dann einen anderen Sinn gewinnen, nämlich etwa den, daß sie nur deshalb vorgenommen werde, um dem Herrenhaus Gelegenheit zu geben, die nothwendigen Aenderungen zu beschließen und der Majorität des Abgeordnetenhauses das Odium zu überlassen durch Ablehnung derselben die Vorlage definitiv zu Fall zu bringen. — In der heutigen Sitzung berieth das Abgeordnetenhaus in einer für seine gemessene Zeit äußerst schleppenden Weise den Gesetzentwurf in Betreff der Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer in 28 Städten, den es schließlich unter Hinzufügung der drei Städte, Königsberg i. d. N.-M., Naumburg und Zeitz unverändert annahm Für Diejenigen, die etwa noch theoretische Zweifel in sich beherbergten, war auf den Tisch des Hauses eine interessante Sammlung ausgebreitet, nämlich verschiedene Sorten Brote aus Städten mit und ohne Mahlsteuer. Der Augenschein widerlegte hier die oft gehörte Behauptung, daß die Aufhebung der Mahlsteuer keinen Einfluß auf die Größe oder Kleinheit des Brotes äußere, indem der Bäcker die Differenz als Profit einfach in die Tasche stecke.

♋ **Berlin**, 24. Jan. [Debatte über Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer. Gesetz über das Hypothekenrecht. Die Kreisordnung. Zusammenberufung des Zollparlaments. Die Tilsit-Memeler Bahn. Aus der nationalliberalen Fraktion. Die Nationalliberalen in Süddeutschland.] Wie zu erwarten, füllte die Debatte über die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer in einer Anzahl von Städten die ganze heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses aus. Bei der großen tief greifenden Wichtigkeit der Frage darf man die Erklärung des Finanzministers willkommen heißen, wonach die Vorlage nur ein erster Schritt auf dem der Reform so dringenden bedürftigen Gebiete dieser Materie sein soll; man knüpft hieran die Erwartung, daß in immer weiterem Kreise die Wünsche der größeren Städte Berücksichtigung finden werden. In der Spezialdebatte machte es einen einigermaßen komischen Eindruck, die Vertreter der einzelnen Städte die Interessen derselben wahrnehmen zu sehen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß das Gesetz in der heute beschlossenen Form die Zustimmung der Regierung und des Herrenhauses finden wird. — Das Gesetz über das materielle Hypothekenrecht wird, nach den eingegangenen Anträgen zu schließen, doch zu einer umfangreichen Debatte führen; ob die Zustimmung des Herrenhauses zu diesem Gesetze zu erlangen sein wird, steht dahin. — Unsere gestrige Mittheilung über die Kreisordnung gewinnt volle Bestätigung. Die Fortsetzung der Vorberathung über diesen Entwurf soll am Freitag beginnen und da nun der Hauptabschnitt, der Kreishauptmann und die Amtsbezirke, nach den Anträgen der Liberalen erledigt ist, so will man auch die folgenden Bestimmungen ohne zu große Reden nur durch Abstimmung schnell erledigen. Die Abgg. wollen sich noch gar nicht mit dem Gedanken einer Vertagung des Landtages befreunden. Nichtsdestoweniger hält die Regierung daran fest. Auch die Einberufung des Zollparlamentes, wenn auch nur für eine ganz kurze Thätigkeit, kann heute mit voller Bestimmtheit gemeldet werden. Daß die vereinigten Regierungen demselben weitere Vorlagen, als eben den mexikanischen Handelsvertrag, machen werden, liegt auf der Hand und sind die betreffenden Arbeiten bereits eingeleitet. — In Abgeordnetenkreisen will man wissen, daß die Regierung damit umgehe, den dringenden Wünschen nach Einbringung einer Vorlage über die Tilsit-Memeler Bahn noch in dieser Session Rechnung zu tragen. — Die Angabe von dem Austritt mehrerer Abgeordneten aus der national-liberalen Fraktion ist insofern unrichtig, als bisher nur der Austritt des Abg. Hrn. v. Benda aus der Fraktion erfolgt ist. Graf Schwerin ist in der Fraktion des rechten Zentrums verblieben, obgleich er zumeist, wie in der Kreisordnung, so auch sonst in wichtigen Prinzipienfragen nicht mit der Fraktion stimmt. Der Abg. Graf Bethusy-Huc, der Gründer und Führer der freikonservativen Fraktion ist aus dem Vorstande derselben ausgeschieden. — In Bezug auf die Organisation der national-liberalen Partei in Süddeutschland erfährt man, daß diese ihre Hauptaufgabe in der lokalen Vereinsthätigkeit durch Vertrauensmänner suchen wird. Zum Vorort ist Baden, zum Präsidenten des Ausschusses der badische Abg. Kiefer gewählt. Die Gründung eines Nationalvereins ist entschieden von der Hand gewiesen; doch will man in steter Beziehung zu den norddeutschen Parteigenossen bleiben.

— Wie die „Z. C." mittheilt, sollen die Verhandlungen wegen eines neuen Rayon-Gesetzes für den Nordd. Bund so weit gediehen sein, daß dessen Vorlegung bei dem nächsten Reichstage mit Sicherheit zu erwarten steht.

— Wie sehr unser Rechtszustand in neue Bildungen überzugehen im Begriff ist, ergiebt sich daraus, daß, abgesehen von der dem Abschluß nahen Reform des Strafrechts und des Zivilprozeßrechts, gegenwärtig im preußischen Justizministerium Entwürfe ausgearbeitet werden von Gesetzen über Gerichtsverfassung, Strafprozeß, Vormundschaftsrecht, Konkursrecht, Obligationenrecht. Auch sollen Entwürfe einer Notariats-, sowie einer Advokatenordnung und eines Gerichtssportelgesetzes vorbereitet werden. Diese Entwürfe sind zwar zum größten Theil für den Norddeutschen Bund bestimmt. Indessen ist die Mitwirkung des preußischen Justizministeriums bei Ausarbeitung von Bundesgesetzentwürfen, welche das Justizressort berühren, bekantlich nicht zu entbehren.

— Bekanntlich war in dem ursprünglichen Strafgesetz-Entwurf für den Norddeutschen Bund der Verlust des Adels als akzessorische Strafe bei zum Zuchthause Verurtheilten beibehalten, wodurch damals, besonders auch im Königreich Sachsen, die lebhafteste Opposition hervorgerufen wurde. Der „D. A. Z." schreibt man nun, daß diesen Bedenken in dem revidirten Entwurfe, der in diesen Tagen dem Bundesrathe vorgelegt werden soll, insofern Rechnung getragen ist, als ein Ausweg dahin vorgeschlagen ist, daß der zum Zuchthause verurtheilte Adelige den Adel zwar nicht verlieren, jedoch während der Büßung der Strafe nicht berechtigt sein soll, denselben zu führen. (Warum nicht?)

Königsberg i. Pr., 21. Januar. (Tel.) Das Vorsteheramt der hiesigen Kaufmannschaft hat beschlossen, eine Aufforderung zu gemeinsamer Agitation um Einberufung des Zollparlaments und um Reform des Zolltarifes, an alle durch dieselbe Tendenz und dieselben Interessen verbundenen deutschen Handelsvorstände, kaufmännische und landwirthschaftliche Vereine zu richten.

Stettin, 22. Jan. Nach einer allem Anschein nach als authentisch anzusehenden Privatmittheilung aus Berlin ist im Kriegsministerium der Beschluß gefaßt, die Festung Stettin aufzuheben. Ueber die Bedingung ist in der Mittheilung nichts gesagt; doch ist der Beschluß wohl so aufzufassen, daß man im Kriegsministerium selbst an der Einigung mit der Kommune Stettin nicht zweifelt. (Ostsee Ztg.)

Görlitz, 22. Jan. [Aufhebung der Stolgebühren.] Der hiesige evang. Kirchenrath beschäftigt sich, wie der „G. Anz." vernimmt, mit der Frage wegen Aufhebung sämmtlicher Stolgebühren und Einführung einer direkten allgemeinen Kirchensteuer an Stelle derselben.

Roslar, 24. Januar. (Tel.) Gestern Nachmittag starb Karl Martin, regierender Graf zu Stolberg-Roslar im 48. Lebensjahre, in Folge einer Erkältung.

Hannover, 21. Jan. Der Ober-Präsident puplizirt eine königl. Ordre, wonach das Verbot von Theatervorstellungen an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage (den Weihnachtsheilig-Abend und den Sonnabend in der Charwoche ausgenommen) außer Kraft gesetzt wird.

Dresden, 22. Jan. Die erste Kammer hat den Abrüstungsantrag Mays mit 24 gegen 21 Stimmen angenommen; die Minister v. Friesen und Fabrice haiten sich mit großer Entschiedenheit gegen denselben ausgesprochen.

Karlsruhe, 22. Jan. Die Abgeordnetenkammer hat in heutiger Sitzung das Anleihegesetz mit allen gegen 4 Stimmen angenommen. Die Bedingungen, unter denen die Anleihe ausgegeben werden soll, sowie der Zeitpunkt sind noch unbestimmt.

Augsburg, 22. Jan. Die „Allg. Z." veröffentlicht eine vom Kardinal-Erzbischof Rauscher verfaßte Adresse gegen das Unfehlbarkeitsdogma, welche in den nächsten Tagen dem Papst überreicht werden soll.

Oesterreich.

Wien, 23. Jan. In Abgeordnetenkreisen verlautet, daß Kaiserfeld den Eintritt in das Kabinet abgelehnt habe. Giskra und dessen Kollegen sollen die Erneuerung ihres Demissionsgesuches beabsichtigen. Fürst Adolph Auersperg tritt nicht ins Ministerium. Es wird mit dem Grafen Anton Auersperg verhandelt. — Im Abgeordnetenhause wurde die Berathung über den Adreßentwurf fortgesetzt. Für den Entwurf sprach Weidele, dagegen Szawcinska. Graf Beust erklärte, er würde für die Adresse stimmen, weil dieselbe Worte der Versöhnung enthalte, obwohl er im Detail nicht vollkommen mit derselben einverstanden sei. Der Reichskanzler warnt vor einem Pessimismus, welcher immer mehr um sich greife und verwahrt sich gegen den Vorwurf, gegen die Verfassung intriguirt zu haben. Er habe sich immer, daher auch in der letzten Zeit, der Politik der Versöhnung zugeneigt, aber nie gesetzwidrige Mittel angewendet. Auch in der letzten Delegation wurde er beschuldigt, gegen eine auswärtige Macht gehetzt zu haben, heute sei Oesterreich mit allen europäischen Mächten im besten Einverständnisse. Ebenso hoffe er den jetzigen Verdächtigungen gegenüber, daß die Zukunft ihn rechtfertigen werde. — Die Regierungsvorlage, betreffend die Aushebung des Rekrutenkontingents für 1870, ist vom Ausschuß angenommen; Figuly behielt sich vor, bei der Plenarberathung die Herabsetzung des Effektivstandes der Armee auf 600,000 Mann zu beantragen, wodurch eine Ersparniß von

jährlich 20 Mill. Gulden herbeigeführt werden würde. — Am 21. Jan. veranstalteten die polnischen Mitglieder des Reichsrathes ein Abschiedsdiner zu Ehren des gewesenen Ackerbau-Ministers. Einen von Grocholski ausgebrachten Toast erwiedernd, sagte Graf Potocki, er habe, zur Ueberzeugung gelangt, daß das zurückweisende Verfahren des jetzigen Ministeriums die Versöhnung mit den Völkern unmöglich mache, seinen Platz als Rath der Krone verlassen. Ferner zu verbleiben, hieße eine Verantwortlichkeit für ein System auf sich laden, welches nur den Ruin heraufzubeschwören im Stande ist. Scheidend aus dem Ministerium werde er seinem Losungsworte nie untreu werden: „Mäßigung und Versöhnung."

Wien, 24. Jan. (Tel.) Gestern verlautete, daß zwischen den cisleithanischen Ministern und dem Reichskanzler Grafen Beust in Folge der Rede, welche letzterer vorgestern im Reichsrath gehalten, ernste Mißhelligkeiten enstanden seien; heute wird jedoch versichert, daß das Einvernehmen wiederhergestellt sei. Man erwartet, daß die Ergänzung des Kabinets noch im Laufe dieser Woche erfolgen wird.

Schweiz.

Genf, 24. Jan. (Tel.) In der heute stattgehabten Wahl zum Nationalrath ist Friedrich mit 2673 St. gewählt worden. Karl Vogt erhielt 2270 St. In Luzern ist der liberale Kandidat Matt gewählt worden.

Belgien.

Brüssel, 21. Jan. In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer erklärten der Führer und die hervorragendsten Mitglieder der (klerikalen) Rechten, sie würden bereitwillig für das Gesetz über die Kirchengüter stimmen, und beglückwünschten die Regierung wegen ihrer versöhnlichen Absichten. Das Gesetz wurde mit 86 gegen 6 St. angenommen. — Die Handelskammern von Gent und Rousselaer haben gegen die französischen Verordnungen vom 10. Jan. d. J. Beschwerde erhoben.

Frankreich.

Paris, 21. Jan. Die Gesundheit des Kaisers läßt nichts zu wünschen übrig. Derselbe läßt durch seine Organe verkündigen, daß er keinerlei Druck auf die Minister in Bezug auf die Verfolgung von Rochefort ausgeübt habe, diese hätten selber auf der Nothwendigkeit dieser Maßregel bestanden. — Der Prinz Peter Napoleon hat den Advokaten Emil Leroux, seinen ehemaligen Kollegen in der konstituirenden und in der gesetzgebenden Versammlung, zu sich berufen. Leroux hat schon öfter für den Prinzen plaidirt. Der Prozeß dehnt sich immer mehr aus. Es wurden auch zwei Redakteure des „Figaro" und einer vom „Pays" als Zeugen vernommen. Auch Hr. v. Fonvielle soll noch einmal vernommen werden. — Der „Reveil" kündigt heute an, daß Ledru-Rollin es definitiv übernommen hat, die Familie Noir im Prozeß gegen Peter Bonaparte zu vertreten. — Die von der wiener „N. Fr. Pr." signalisirte Annäherung zwischen Graf Daru und Graf Beust beschränkt sich nach einer Berichtigung des (unter Metternichs Auspizien redigirten) „Mem. Dipl." auf eine Antrittsvisite Darus beim Fürsten Metternich, bei welcher er den Wunsch eines freundschaftlichen Verkehrs mit Oesterreich aussprach, worauf Graf Beust eiligst an den Fürsten Metternich eine Depesche mit der Ermächtigung, dieselbe dem Grafen Daru mitzutheilen, abgehen ließ, deren Schlußsatz lautete: Oesterreich werde seinerseits eine jede Gelegenheit suchen, das herzliche Einverständniß mit der französischen Regierung fester zu knüpfen. — Am Gymnasium von Douai hat ein Revolte stattgefunden. Die Schüler hatten eine Subskription zu Gunsten der Familie Viktor Noirs eröffnet. Die Liste wurde saisirt und mehrere Zöglinge bestraft. Die übrigen wollten dies nicht dulden, und es kam zum offenen Aufstande; 60 Zöglinge wurden ausgewiesen.

Paris, 23. Januar. (Tel.) Die Anklage gegen die „Marseillaise" kam gestern zur Verhandlung; die Angeklagten waren nicht erschienen. Rochefort wohnte um dieselbe Zeit der Sitzung im gesetzgebenden Körper bei. Der öffentliche Ankläger sagte, man habe das Gerücht verbreitet, daß die härteste Strafe, die das Gesetz zuläßt, gegen Rochefort in Anwendung gebracht werden solle, er beantrage jedoch nur eine Strafe, welche ausreiche, um den Gesetzen Achtung zu verschaffen. Rochefort wurde zu 6 Monaten Gefängniß und 3000 Frcs. Geldstrafe, Grousset zu 6 Monaten Gefängniß und 2000 Frcs. Geldstrafe, und Dereure zu 6 Monaten Gefängniß und 500 Frcs. Geldstrafe verurtheilt. Während der Verhandlungen gegen die „Marseillaise" war eine zahlreiche Menschenmenge vor dem Palais der Justice versammelt. Nachdem das Urtheil bekannt geworden war, wurde der Ruf: „Es lebe Rochefort!" vereinzelt gehört. Die Ruhe ist in keiner Weise gestört worden. — Im gesetzgebenden Körper fand gestern die Fortsetzung der Debatte über die Handelsfrage statt. Thiers hielt eine längere Rede, in welcher es heißt:

„Wir haben die große und edle Aufgabe, dem Lande die Freiheit zu geben, ohne daß es dadurch in Verwirrung gestürzt wird. Vergessen wir nicht, daß wenn das Land jetzt nicht zufrieden gestellt wird, die Verantwortung ausschließlich auf uns fällt. Redner spricht sich in ausführlicher Weise zu Gunsten der Schutzzölle aus und zeigt, daß die Handelsverträge allen Zweigen der französischen Industrie schädlich gewesen sind, und die Schifffahrt Frankreichs ruinirt haben. Die Situation Frankreichs sei deshalb eine viel solidere als die Englands, weil Frankreich die Konsumenten im Lande habe, während England durch die Schließung der fremden Häfen in hohem Grade geschädigt werden könne." — Die Diskussion wird am Montag fortgesetzt. — Es wird versichert, daß die Stelle eines General-Prokurators am Kassationshofe Dafur angeboten worden ist und daß Lambrecht zum Präfekten des Departement du Nord ernannt ist.

In Creuzot waren gestern 3500 Mann Truppen eingetroffen. Eine große Anzahl Arbeiter hatte bereits die Arbeit wieder aufgenommen. Ein von Schneider unterzeichnetes Plakat bestätigt, daß die Arbeit heute in allen Werkstätten wieder beginnen wird. Er ersucht die Arbeiter, sich wieder einzustellen, und hebt hervor, daß genügende Vorkehrungen getroffen seien, um sie gegen alle Belästigungen Seitens der Arbeiter, welche den Strike noch fortsetzen wollen, zu beschützen. Eine Proklamation, welche von Bevollmächtigten der strikenden Arbeiter und Assy unterzeichnet ist, fordert die Arbeiter auf, den Strike fortzusetzen, ersucht jedoch gleichzeitig dieselben, die größte Ruhe und Ordnung zu beobachten. „Gaulois" versichert, daß viele Zeitungen von extremer Tendenz unter die Arbeiter vertheilt worden sind. Die "Marseillaise", die auch dort vertheilt werden sollte, ist mit Beschlag belegt worden. Seit gestern Abend hat sich kein Zwischenfall ereignet. Die Oefen und Hammerwerke sind im Betriebe. Man hofft, daß die Ruhe heute andauernd und die Arbeit morgen im Gange bleiben wird. Inzwischen versuchen die Führer und die noch feiernden Arbeiter die Agitation fortzusetzen und die zur Arbeit geneigten Arbeiter einzuschüchtern. Der Geist der Bevölkerung ist jedoch fortdauernd vortrefflich. Die Aufgabe der Truppen beschränkt sich lediglich darauf, die Freiheit der Arbeit zu schützen. Zu einem Konflikt ist es übrigens nirgends gekommen.

Paris, 24. Jan. (Tel.) „Reveil" veröffentlicht einen Brief Ledru Rollins, worin derselbe es ablehnt, die Vertretung der Familie Noir in dem Prozesse gegen den Prinzen Peter Bonaparte zu übernehmen, weil darin eine stillschweigende Anerkennung der kaiserlichen Richter liegen würde. — „Figaro" veröffentlicht folgende Depesche aus Creuzot:

Obwohl die Hüttenwerke am Sonntag gewöhnlich feiern, gingen die Arbeiter doch beinahe sämmtlich an die Arbeit; andere meldeten ihre Rückkehr zur Arbeit für heute, Montag, an. Ein Drechsler, welcher zu den Waffen rief, wurde Sonnabend verhaftet. Zwei andere Individuen, welche zum Widerstande aufforderten, wurden ebenfalls verhaftet. Eine öffentliche Versammlung, welche gestern abgehalten werden sollte, wurde vom Präfekten vertagt. In der darauf veranstalteten Privatversammlung von Strikenden soll beschlossen sein, den Strike fortzusetzen, ohne die Ordnung zu stören. Gegenwärtig kommen auf 82 Arbeiter, welche zur Arbeit zurückgekehrt sind, nur noch 18 feiernde. Diese seien entschlossen, — jedoch unter Vermeidung jeder Ruhestörung — beim Strike zu verharren. (Eine spätere Depesche besagt, daß in allen Werkstätten das Arbeiterpersonal so vollzählig erschienen sei, wie an gewöhnlichen Tagen und daß die Krisis beendigt sei. Red. d. Pos. Z.)

Spanien.

Madrid. An der hiesigen Universität hat eine Kundgebung der Studenten gegen das Reglement stattgefunden; der Minister hat erklärt, daß er an demselben keine Aenderung vornehmen werde, da es mit der Unterrichtsfreiheit vollkommen konform sei. Der Minister des Innern hat erklärt, er werde Jeden verhaften lassen, welcher Unordnungen anstifte.

Madrid, 22. Jan. (Tel.) Das Resultat der Wahlen am ersten Wahltage ist fast überall ein den Monarchisten günstiges. Zu Oviedo hat der Herzog von Montpensier eine große Majoriät erhalten. — Der Finanzminister hat in der gestrigen Sitzung der Kortes den Gesetzentwurf eingebracht betreffend die Konvertirung der Staatsschulden in eine dreiprozentige konsolidirte Schuld.

Madrid, 23. Jan. (Tel.) Auch die am zweiten Tage bekannt gewordenen Wahlresultate sind im Allgemeinen den Monarchisten günstig. — „Imparcial" zufolge sollen die Wahlaussichten Montpensiers in Oviedo wieder geringer geworden sein.

Auf **Kuba** wurde offiziell ein angebliches Manifest der Junta in Newyork verbreitet, welches die Sache verloren gab und die Patrioten aufforderte, zur Vermeidung ferneren Blutvergießens die Waffen niederzulegen. Das Dokument, welches in Havanna große Sensation erregte und als Beweis für die Beendigung der Insurrektion galt, ist eine Fälschung. Jedoch steht es mit den Aussichten der Insurrektion allerdings bedenklich, wenn auch dieselbe nicht verloren zu geben ist, so lange in Spanien selbst nicht durchaus geordnete Zustände eingetreten sind. Der General Puello ist von Puerto Principe aus ins Innere gerückt, um gegen die Insurgenten zu operiren.

Portugal.

Lissabon, 21. Jan. (Tel.) Die Kammer ist heute aufgelöst und der Termin für die Neuwahlen auf den 6. März anberaumt worden. Die Deputirten protestirten gegen die Auflösung.

Italien.

Florenz, 18. Jan. Der Finanzminister Sella kann sein Finanzexposé erst in der zweiten Hälfte des Februar vorlegen. Es heißt, daß zur Reduktion des Defizits drei Gesetzentwürfe eingebracht werden sollen, welche die Grundsteuer, die Vermögenssteuer und die Mahlsteuer einträglicher zu machen bestimmt sind. Neue Steuern würden nicht vorgeschlagen werden; das Defizit würde durch Erhöhung der Steuererträge und Ersparnisse in der Verwaltung von 80—90 Mill. Fr. ermäßigt werden. Der Minister des Innern hat im Budget seiner Verwaltung 2 Millionen Ersparnisse ermöglicht. Die vom Kriegsminister beabsichtigten Ersparnisse sollen in Folgendem bestehen: Verminderung der 20 Bataillone Versaglieri auf 15; Beurlau-

---

Aus dem Schatzkästlein neuester Naturforschung.

II.

(Neue Blicke in das Wesen der Elektrizität — Zusammenhang der sämmtlichen Naturkräfte. — Anwendung der Resultate in einer Disziplin für Pioniersdienste in der anderen. — Sonnenflecken.)

Unsere Zeit erfreut sich des Ruhms, ein echter wissenschaftlicher Nimmersatt zu sein, und sie weiß sich stets ihren Riesenappetit zu befriedigen. Skepsis ist ja heute an der Tagesordnung, und die ganze Welt jüngerer Forscher will selbst prüfen und adoptirt nur, wenn sie überzeugt ist. In Folge dessen beobachtet man überall aufs Eifrigste, Bekanntes und Unbekanntes, Wahrscheinliches und Zweifelhaftes; das Reich der Autorität hat sich überlebt und tausend Augen sehen ihm auf die Finger. — Gilt dieses Prinzip des Selbstuntersuchens jetzt auch in allen Wissenschaften, so kommt es doch begreiflicher Weise der Naturwissenschaft, als der Wissenschaft der Erfahrung und Untersuchung, am meisten zu Statten. Aus diesem Sachverhältniß aber resultiren ganz natürlich zwei der Entwickelung der Menschheit sehr förderliche Faktoren, nämlich erstens die bedingungslose wissenschaftliche Wahrheit, das Fernhalten jedes absichtlichen Trugs, der eben doch nur eine ganz kurze Frist täuschen könnte; — und zweitens die Fülle von neuem Material, von zahllosen Streiflichtern auf bisher dunkle Partieen, von vorgerückteren Anschauungen. Denn „suche, so wirst Du finden", so manche wichtige Entdeckung unserer Tage und unzähliche Blüthen in dem reichen Strauß jüngster Erfahrungen verdanken ihre Geburt dem Zufall, der sie den eifrigen Suchern, auch wenn sie nach ganz Anderem forschten, in die Hände spielte.

Der Rundschauer in der Naturwissenschaft hat heutzutage eine schwierige Stelle, und er hat Mühe, den inneren Kampf zu beenden, die Auswahl zu treffen. Wollen Sie, verehrte Leser, Neuestes aus der Chemie hören? Oder wollen Sie neugewonnenes Terrain der Sternenwelt besichtigen? Oder scheint Ihnen eine neuerkannte Eigenthümlichkeit Ihres eigenen materiellen Ich lieber? Oder befehlen Sie eine Kleinigkeit von dem stets vollen Teller der Statistik? Oder beliebt es Ihnen, mit dem Blitz zu rechten und ihm ein Schnippchen mehr zu schlagen? Oder sind Sie für reizende Geheimnisse à la Telegraphie gestimmt? Sie finden alle diese und noch viel mehr Wünsche auf dem Jahrmarkt der Naturforschung befriedigt, dessen Physiognomie eine wesentlich andere ist, als die der Waarenjahrmärkte, denn seine Buden stehen konstant, haben festes Fundament, erweitern sich rapide, und ihre Insassen schreien nicht ihre Arbeit aus, denn — die Nachfrage ist noch viel größer als das Angebot. Jacta est alea! Der Würfel ist gefallen! Wir wollen zunächst einige Novitäten in der elektrischen Abtheilung ansehen.

Die neuen Beobachtungen, von denen wir reden wollen, sind minutiöser Natur; sie beziehen sich auf Farbe- und Lichtverhältnisse des überspringenden elektrischen Funkens, auf seine Wärme, physiologische Wirkung u. s. w. So fand Page bei Gelegenheit des Experimentirens mit seinem riesenhaften elektromagnetischen Apparat, daß die Stelle, wo man die Kette unterbricht, nicht gleichgiltig ist für die Erzeugung des Funkens. Eine konstante Kette zeigt bekanntlich nur bei ihrer Oeffnung und bei ihrem Schluß, nicht aber während der ganzen Zeit, wo sie geschlossen bleibt, einen Funken. Oeffnung und Schluß aber bedeuten dasselbe, wie Unterbrechung und Herstellung der Kontinuität der Leitung. Page fand nun, daß ein um so stärkeres Geräusch — entsprechend dem Donner in der Elektrisirmaschine der Luft, deren Funken vom Blitz dargestellt wird — den Funken begleite, je näher den Polen dieser erzeugt würde, d. h. je näher den Leitungsenden die Leitung unterbrochen wird. Bewirkte er die Unterbrechung möglichst nahe an den Polen, so bekam er mit seinem Apparate einen pistolenschußartigen Knall, und dabei bemerkte er, wie der Funken kürzer und breiter wurde, zuweilen so breit wie die Hand (?) Es ist unschwer einzusehen, von wie kapitaler Bedeutung die so merkwürdige Erscheinung ist, und wir wundern uns nicht, daß die holländische Gesellschaft der Wissenschaften, nach P. L. Rijkes Mittheilung, sie zum Gegenstande einer Preisaufgabe gemacht hat, indem sie — mit Pouillet und andern ausgezeichneten Physikern — der Meinung war, daß man es mit einer ganz neuen Klasse von Erscheinungen zu thun habe. Die Sache hat auch noch ihre praktische Seite, denn Rijke fand, daß die physiologische Wirkung (also die im lebenden Organismus geltend gemachte) mit der Verstärkung des Geräusches gleichen Schritt hält. Eine befriedigende Aufklärung ist bisher, obwohl die Frage schon lange angeregt ist, nicht gegeben worden.

Eine andere Eigenthümlichkeit des Funkens steht wahrscheinlich im engsten Zusammenhange mit obigen Erscheinungen. Nach Rijke ändert der Funke nämlich im Allgemeinen Farbe, Form, Intensität, wenn die durch ihn sich gegenseitig ausgleichenden Fluida der positiven und der negativen Elektrizität vor dieser ihrer Vereinigung einen großen Widerstand zu bewältigen haben. In diesem Fall leuchtet 1) der Funke viel schwächer, seine Farbe erhält 2) einen blau-violetten Ton; man findet sein Volumen vergrößert und dabei die Form etwas geändert; er entzündet in diesem Zustande auch solche Körper, welche der Wirkung des gewöhnlichen elektrischen Funkens widerstehen (Schießpulver wird vom Funken einer Leydener Flasche aufs Leichteste entzündet, wenn man dem Strom eine wasserdurchfeuchtete Schnur, also einen sehr schlechten Leiter von starker Widerstandskraft, als Bahn anweist). Der aufmerksame Leser sieht, um wie wichtige wissenschaftliche Probleme es sich hier handelt, welch merkwürdige Beziehung sich aufstellen läßt. Wohlgemerkt: Die Leuchtkraft des Funkens nimmt ab, seine Heizkraft nimmt zu und obwohl die Wärmestrahlen in der rothen Seite des Spektrums und darüber hinaus liegen, ergänzt sich der Funke gerade aus der entgegengesetzten Spektrumseite, in der das Gebiet der chemischen Strahlen beginnt. „Wer weiß, was in der Zeiten Hintergrunde schlummert."

Wärme und Licht, Licht und Schall, Magnetismus und Elektrizität, wer hätte nicht schon längst Vergleichungspunkte, Bindemittel, Gemeinsames in ihnen aufgefunden? Und Wärme und Elektrizität, man braucht sie nur nebeneinander zu nennen, um sie in dem Sinne jedes Sohnes dieses Jahrhunderts unzertrennlich zu paaren; weiß er doch noch aus der Schulzeit, daß es ein besonderes Kapitel „Thermoelektrizität" giebt. Hat ja ihre Entdeckung durch Seebeck (1821) die größte Sensation gemacht, schon glaubte man alle elektrischen Erscheinungen erklärt, und als man ruhiger war, sah man statt dessen, — daß man bisher von der Wärme nichts gewußt habe! Dies gelegentlich. Jedes Schulkind weiß, daß jede Erkältung oder Erhitzung einer Löthstelle zweier Metalle, also einer Grenze zweier Leiter die Magnetnadel ablenkt, also einen elektrischen Strom erzeugt. Ja, sogar erwärmte Kohlen mit Wasser geben einen kräftigen thermoelektrischen Strom, der von der kalten Kohle durchs Wasser zur warmen geht. Aber nun fand Peltier, durch die eigenthümliche Erscheinung, daß beim galvanischen Flammenbogen sich einseitig der positive Pol erwärme, aufmerksam geworden, das Umgekehrte; er zeigte, daß ein elektrischer Strom an der Grenze zweier Leiter Kälte oder Wärme erzeuge. Und wie erweitert sich unsere Anschauungsweise, wenn wir erwägen, wie nahe Wärme und Chemie einander stehen, zumal sich auch direkt ergiebt, daß jede Elektrizitäts Entwickelung einen chemischen Vorgang zur Folge hat, wenn auch das Umgekehrte noch nicht erwiesen ist. Mechanische Kraft, Licht, Schall, Wärme, Magnetismus, Elektrizität, Chemie — ihnen allen liegt sicherlich ein Prinzip zu Grunde, das sich in der Schwingung der Molekulartheilchen der Körper verbirgt. Uebrigens liegt ein bemerkenswerther Gegensatz zu der obenerwähnten Erscheinung, daß der positive Pol sich einseitig erwärmen, in Neefs Beobachtung, daß nämlich das elektrische Licht vorzugsweise am negativen Pol auftrete.

Die Pyroelektrizität oder Thermoelektrizität giebt uns aber auch Anlaß, den Magnetismus, diese so lange schon und so vielfach als Schwester der Elektrizität verdächtige Kraft, von einer neuen Seite zu betrachten. Mehrere mineralische Krystalle nämlich, insbesondere der Turmalin, Borakit und Gallmey, besitzen bekanntlich die Eigenschaft, durch die Erwärmung elektrisch zu werden, verlieren sie wieder, wenn sie sich an den Wärmegrad gewissermaßen gewöhnt haben, erhalten sie aber, wenn man sie erkalten läßt, aufs Neue und zwar in umgekehrter Richtung. In gleicher Weise wirkt die Abkühlung jener Mineralien.

bung der Infanterie- und Artillerieklasse von 1845; Aufhebung der drei Generalkomandos und einiger Divisionäre. Durch diese Reduktionen würde man nach der Berechnung des Kriegsministers 16 Mill. ersparen. Wie die „Gazz. di Torino" erfährt, bestätigt sich die Meldung, daß der Unterrichtsminister mit dem Gedanken der Aufhebung mehrerer Universitäten umgeht. Beibehalten würden nur die Hochschulen in Turin, Bologna, Pavia, Pisa, Padua, Neapel, Palermo und Cagliari.

Florenz, 21. Jan. (Tel.) Die „Gazetta ufficiale" veröffentlicht ein von gestern datirtes königl. Dekret, welches die Vertagung des Parlaments bis zum 7. März bestätigt, damit der Finanzminister Zeit gewinne, einen ausführlichen Bericht über die Finanzlage und die zur Finanzreform erforderlichen Maßregeln vorzubereiten.

Aus **Rom** wird der „Köl. Z." unterm 17. Januar geschrieben:

Die dritte Deputation des Konzils, der die Reform des Ordensklerus überwiesen ist, soll sich über eine sehr wichtige Frage erklären. Wir finden der Bischöfe nicht wenige in Italien, Amerika und besonders in den asiatischen Missionen, im Kardinal-Kollegium ist der Großpönitentiar Panebianco Franziskaner, der Erzbischof von Bologna Guidi Dominikaner, Pitra Benediktiner, Bilio Barnabit. Unter den Vätern des Konzils sind mehr als 50 Bischöfe aus dem Franziskaner Orden, von den 23 Kapuzinern sind nicht alle gegenwärtig. Die Präkonisation von Bischöfen aus dem Ordensklerus war seither nicht an feste Regeln gebunden, jetzt soll es geschehen. Ferner wünscht der Papst, die Gelübde für den Eintritt in einen Orden möchten einem reiferen Alter vorbehalten werden, um den häufigen Wiederaustritt vor der Beendigung des Noviciats zu vermeiden. Die religiösen Vereine, deren Bestimmung im Laufe der Zeit aufhörte, wie der für die Auslösung des Sklaven, dürften unterdrückt werden. Dieser besitzt hier vier Klöster. Der Papst stellt den entschiedensten Willen allem entgegen, was nach einer Kritik der in der Bulle „Multiplices inter" niedergelegten Ordnung des Konzils schmeckt; er hält seine geistliche Machtvollkommenheit dadurch gefährdet. Die vom Kardinal Schwarzenberg ihm unterbreitete Vorstellung Betreffs derjenigen Vorschriften der Bulle, welche der Unabhängigkeit des Konzils schaden möchten (sie war außer von den deutschen nicht ultramontanen Bischöfen auch von 19 französischen unterzeichnet), ist, ungeachtet man noch einmal darauf zurückgekommen, ohne Wirkung geblieben. Die Gruppen der außer den Sitzungen sich vorbereitenden Bischöfe sind zwar seitdem vermehrt, die Mitgliederzahl einer jeden aber ist verringert, die internationalen Gruppen sind ganz beseitigt. Divide et impera. Man scheint also in diesen Koterieen konspirirende Elemente zu fürchten. Der Bischof Ginoulhiac von Grenoble fährt fort, überall da zu opponiren, wo er es seiner Ueberzeugung schuldig zu sein glaubt, sogar der Patriarch von Konstantinopel, sonst im Rufe einer der ergebensten Anhänger des Papstes, bat in einer der letzten, mit dem Syllabus beschäftigten Sitzungen die versammelten Väter dringend, doch keine Neuerungen im Dogma vorzunehmen, es könne nur Verwirrung zumal unter jenen vielen Gläubigen hervorrufen, die auch in diesem Punkte an der Tradition streng festhalten. — Die Kaiserin von Oesterreich verließ uns diesen Vormittag und fuhr nach Civita-Vecchia, von wo sie eine österreichische Korvette ins Vaterland zurückbringt.

In den Streit der katholischen Theologen über die Unfehlbarkeit des Papstes ist ein neuer Kämpe eingetreten, der Abbé Gratry, Oratorianer, in der französischen Gelehrtenwelt als Philosoph und Theologe berühmt und in Folge seiner verschiedenen Werke (darunter das hauptsächlichste ein Kursus der Philosophie in drei Abtheilungen) zum Mitgliede der Akademie ernannt. Dieser eminente Theologe veröffentlicht in der „Gaz. de France" ein Schreiben zu Gunsten der Anschauung des Bischofs von Orleans, Msgr. Dupanloup, gegen Msgr. Dechamps von Mecheln und Msgr. Manning von Westminster, die bekanntlich für die Infallibilität des Papstes eintreten. Der Kernpunkt der Frage, in welcher der Abbé Gratry gegen Msgr. Manning und Dechamps auftritt, beruht darauf, daß das sechste Konzil (Anno 680 zu Konstantinopel) den damaligen Papst Honorius als Ketzer verdammt hat, daß also von einer Infallibilität der Päpste als einer ursprünglichen von der Kirche immer angenommenen, wenn auch nicht bestimmt definirten Lehre keine Rede sein könne. Ueber die Thatsache scheint kein Zweifel zu sein, das sechste Konzil hat den Papst Honorius anathematisirt und seine Schriften verbrannt, aber Msgr. Dechamps und Mannings und Andere noch suchen diese Verdammung zu entkräften, indem sie sagen, man dürfe das nicht so wörtlich nehmen, man müsse den Ausdruck nach den damaligen Umständen auslegen, der Papst Honorius habe wohl Unrecht haben können, er sei jedoch so gewissermaßen in Bausch und Bogen mit den anderen Ketzern zusammengeworfen und verdammt; daß er wirklich ein Ketzer gewesen, wäre nirgends bewiesen u. s. w. Msgr. Manning sagt, er könne nicht ketzerisch gewesen sein, denn seine Schriften bewiesen seine Orthodoxie. Der Abbé Gratry sagt nun, Msgr. Manning setze sich durch diese Behauptung der Exkommunikation aus, gemäß Titel 1 der neulichen Bulle Pius IX., welche besagt: „Unterworfen sind der Exkommunikation ipso facto oder latae sententiae die Ketzer jeder Art und Namens . . ., so wie auch alle die, welche sie begünstigen oder sie vertheidigen, auf welche Weise es immer sei." Von seiner Schrift sagt der Abbé Gratry: „Was mich betrifft, so glaube ich ganz bestimmt, daß ich dieses auf Befehl Gottes und unseres Herrn Jesu Christi und aus Liebe zu seiner Kirche schreibe. Die geringsten Menschen können Befehle von Gott erhalten und erhalten solche. Ich habe einen solchen erhalten und um ihm zu gehorchen, werde ich leiden, was gelitten werden muß." Natürlicher Weise erklären sich die ultramontanen Blätter gegen den Abbé und setzen ihm die feinsten theologischen Spitzfindigkeiten entgegen; so behauptet der „Monde", der Papst Honorius habe sehr wohl als Privatmann, als Doktor verdammt werden können, ohne deshalb auch als Papst verurtheilt zu werden; es wäre durch nichts bewiesen, daß er die anathematisirten Irrthümer ex cathedra gelehrt habe. In dem Papste beständen zweierlei Personen, neben dem persönlichen Doktor der allgemeine Doktor; der Theologe und der Oberhirte seien unterschieden. Zugleich stellt der „Monde" die Akten des sechsten Konzils als durchaus zweifelhaft dar. Alle diese theologischen Subtilitäten sind für den gewöhnlichen Menschenverstand kaum faßbar und eigentlich auch ohne Interesse. Zu bemerken ist jedoch, daß die Gegner des ultramontanen Zelanti in der Person des Abbé Gratry einen nicht zu verachtenden Mitkämpfer gewonnen haben.

Unterm 18. Jan. wird der „Köln. Z." aus **Rom** geschrieben:

Se. Heiligkeit der Papst hat es für angezeigt gefunden, die Versammlung, welche sich als ein Ausschuß der Bischöfe der verschiedenen Nationen dadurch konstituirt hatte, daß von jeder Nation zwei Bevollmächtigte für die Theilnahme an den Berathungen im Ausschusse gewählt waren, zu verbieten. Uebrigens ist der Ausdruck „Nation" nicht als ein offiziell gebräuchlicher zu betrachten, da die katholische Kirche als eine „allgemeine" zu betrachten ist. Es ist deshalb der Ausdruck „Gruppe" für Nation gebräuchlich geworden. Kardinal de Luca hat sein Amt als Präsident des Konzils niederzulegen sich veranlaßt gesehen, weil ihm zum Vorwurf gemacht wird, daß er die Rede des Bischofs von Bosnien nicht rechtzeitig unterbrochen habe. An seine Stelle ist Kardinal de Angelis getreten, welcher zugleich die Funktionen eines päpstlichen Legaten ausübt, nachdem Kardinal Reisach gestorben ist. Kardinal de Angelis und Kardinal Barnabo leiten die Wahlen zu den Kommissionen. Nach den von beiden Kirchenfürsten vertheilten Stimmzetteln verfügen die italienischen Bischöfe und die Anhänger der Propaganda über 500 Stimmen, so daß nur diejenigen Persönlichkeiten zu Mitgliedern der Kommissionen gewählt werden, deren Ansichten den Anschauungen dieser Majorität entsprechen.

— Einem Telegramme englischer Blätter zufolge hätte Kardinal Antonelli in Erwiderung einer Depesche der französischen Regierung dem Botschafter Frankreichs in Rom die Eröffnung gemacht, daß die päpstliche Regierung sich vor keinem Schritte scheuen würde, um die unbestrittenen Rechte der Kirche sicher zu stellen. Kein Bruch sei zwischen Kirche und Staat zu befürchten, so lange der Staat der Kirche dieselbe Freiheit zugestehe, die er für sich selber in Anspruch nehme.

Rom, 22. Jan. (Tel.) Heute sind zwei, von den Sekretären des Konzils unterzeichnete Druckschriften unter die Bischöfe vertheilt worden, wodurch dieselben zur Beobachtung der Verschwiegenheit aufgefordert und auf die Nothwendigkeit hingewiesen werden, sich in ihren Reden der Kürze zu befleißigen. — Eine gegen die Ausschreitungen der Laien, welche religiöse Journale redigiren, gerichtete Petition ist von vielen Mitgliedern des Konzils unterzeichnet worden.

Großbritannien und Irland.

London, 21. Jan. Auch bei der bevorstehenden Parlamentssession dieses Jahres wird es schwerlich dazu kommen, daß die Königin in eigener Person die Eröffnung vornimmt. Das medizinische Fachblatt „Lancet" schreibt über ihren Zustand:

„Die Königin hat in den letzten Monaten wiederholt an Neuralgie (Nervenschmerz) gelitten, welche verschiedene Theile des Körpers befiel und stark genug war, die nächtliche Ruhe zu beeinträchtigen. Soeben hat J. Maj. wieder einen Anfall überwunden, der das Gesicht betroffen hatte. Die Angriffe waren auf Störungen des Nervensystems und diese ihrerseits auf Erkältung, Unannehmlichkeiten und Aufregung zurückzuführen."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel. Ueber Triest wird vom 15. Jan. gemeldet: Dem „Levant Herald" zufolge hat der Vizekönig von Egypten, um die Kosten der letzten Feste gelegentlich der Eröffnung des Suezkanals zu decken, eine Extrasteuer von 15 Piastern per Feddan auferlegt und beabsichtige ein Zwangsanlehen von 15 Mill. Pfund auszuschreiben. — Wie der „Indépendance" aus Triest, 17. Jan., gemeldet wird, ist das im dortigen Hafen für Rechnung des Vizekönigs von Egypten erbaute Panzerschiff Tags zuvor den Beauftragten der türkischen Regierung übergeben worden und wird von diesen nach Konstantinopel gebracht werden. Ebenso wäre, der „Indép." zufolge, ein türkischer Dampfer nach Alexandrien beordert, um die Zündnadelgewehre, welche der Vizekönig ausliefern will, an Bord zu nehmen.

Vom Landtage.

53. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 24. Januar. Eröffnung um 10 Uhr. Am Ministertische Camphausen, Reg.-Kommissar Burghart. — Auf der T.-O. steht folgender Gesetz-Entwurf: In den Städten Rathenow, Schwedt, Wriezen, Kottbus, Guben, Küstrin, Landsberg a. W., Anklam, Köslin, Stralsund, Bromberg, Oppeln, Neisse, Neustadt O.-S., Frankenstein, Glatz, Oels, Schweidnitz, Sagan, Jauer, Liegnitz, Glogau, Merseburg, Weißenfels, Wittenberg, Torgau, Cleve und Wesel wird mit dem 1. Juli 1870 die Klassensteuer an Stelle der Mahl- und Schlachtsteuer eingeführt.

Die Finanzkommission beantragt, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, zugleich aber die Staatsregierung aufzufordern, bei Vorlegung des Etats pro 1871 einen Gesetzentwurf wegen vollständiger Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und Ersatz derselben durch die Klassensteuer resp. klassifizirte Einkommensteuer vorzulegen und die zu dem Entwurfe eingegangenen Petitionen durch die Annahme desselben für erledigt zu erachten.

Die Mahl- und Schlachtsteuer wurde ursprünglich nach dem Gesetz vom 30. Mai 1820 in 132 Städten erhoben, von denen bis 1847 30 zur Klassensteuer übergingen. Die Ziffer verringerte sich auf 87 im Jahre 1848 und auf 76 bis heute. (Frankfurt a. M. trat nach dem Kriege zu.) An der Spitze der letzten Liste steht Berlin mit 702,437 Einwohner, an ihrem Ende Graz mit 3775 Einwohner. Bei der Auswahl der 28 Städte, welche die neueste Vorlage aus der Liste zu streichen bezweckt, waren maßgebend die großen Erhebungskosten von 25—43 Prozent in den 9 Städten Rathenow, Schwedt, Wriezen, Anklam, Schweidnitz, Sagan, Merseburg, Torgau und Wesel, die starke Bevölkerung des äußeren Steuerbezirks, welche 50—230 Prozent der Bevölkerung des inneren Bezirks beträgt, in den 8 Städten Kottbus, Küstrin, Bromberg, Oppeln, Neisse, Neustadt, Oels und Glogau, das Zusammenwirken beider Momente in den 6 Städten Frankenstein, Glatz, Jauer, Weißenfels, Wittenberg und Cleve, endlich die leichte Deckung des Ausfalls in den 5 Städten Guben, Landsberg, Köslin, Stralsund und Liegnitz. Wie dringlich die Aufhebung ist, beweist die Zunahme der Defraudationen in den bezeichneten 28 Städten mit 343,024 Einwohner: von 2494 im Jahre 1865 auf 3571 im Jahre 1868, d. h. auf je 17 Haushaltungen 1 Mahl- oder Schlachtsteuer-Prozeß im Jahre! Daher nicht weniger als 36 Petitionen sich im Sinne der Vorlage aussprechen, ja über dieselbe zum Theil hinausgehen und entweder die allgemeine Aufhebung der Steuer oder die Einreihung noch anderer Städte in die obige Liste (Berlin, Potsdam, Königsberg i. N., Zeitz, Lissa, Thorn, Trier, Jauer und Naumburg), oder endlich die Aufhebung der Steuer für die Außenbezirke oder Erleichterungen in derselben verlangen (Bonn, Grabow bei Stettin, Potsdam, Nowaweß und Halle). Dagegen fordern 21 meist von Magistraten, Stadtverordneten und Bürgermeistern herrührende Petitionen die Beibehaltung der Steuer aus den bekannten Motiven. Hierzu beantragen Wachler die Streichung von Oels und die Inkrafttretung des Gesetzes am 1. Januar 1871; Groschke die Streichung von Jauer; Groschke und Koch die von Frankenstein; Wiesand die von Torgau; Eichhorn die von Oppeln; v. Mitschke-Collande die Inkrafttretung des Gesetzes am 1. Juli 1871; dagegen Rohland und Schröder die Hinzufügung der Städte: Königsberg in d. N., Naumburg a. d. S. und Zeitz.

In der Generaldiskussion spricht zunächst Abg. v. Benda. Er will das Gesetz auf alle Städte ausgedehnt wissen. Der Hauptschaden die-

---

Nun zeigt der Magnetismus ein ziemlich analoges Verhalten. Ein Magnet, abwechselnd auf 100° C erwärmt und 0° erkältet, nimmt schließlich für jede dieser Temperaturen einen konstanten Magnetismus an, wobei der für die höhere Temperatur der Kleinere ist, so daß nach Versuchen Dr. Mauritius in Marburg weißglühendes (also aufs Höchste erhitztes) Eisen sich gar nicht mehr magnetisch erregen läßt. Auch hier führt uns eine Vermuthung auf innere Molekularveränderungen des Eisens, dessen merkwürdige Eigenschaften bei hoher Temperatur eine wesentliche Umwandlung zu erfahren scheinen.

Alle diese und zahllose unerwähnte, viel bekanntere Kombinationen und Verwandtschaften zwischen Wärme, Magnetismus und Elektrizität waren schon häufig die Grundlage von Erklärunrungen verwickelter Phänomen, und sie dienten in neuester Zeit dem gelehrten und geistvollen Dr. Reis in Mainz zur Unterstützung einer Hypothese, die eine eigenthümliche Verbindung zwischen Sonne und Elektrizität, Nordlicht und Kompaßstörungen, Erdmagnetismus und barometrischen (also Witterungs-) Schwankungen herstellt, und der wir ihrer großen theoretischen wie praktischen Bedeutung wegen einige Aufmerksamkeit schenken wollen. Wir führen zuerst einige empirische Beobachtungen an. Wie Lamont fand, ist in der täglichen Bewegung der Magnetnadel eine zehnjährige Periode vorhanden, und außerdem haben die beharrlich fortgeführten Untersuchungen Schwabes ergeben, daß die Zahl der Sonnenflecken allmälig zu- und wieder abnimmt mit einer Periode von ca. 10 (genauer 11½) Jahren. Schwabe schloß daraus auf direkte magnetische Einwirkung der Sonne auf die Nadel, und Lamont wollte gar die Elektrizität neben der Gravitation als eine allen Himmelskörpern zukommende und überall im Weltraume wirkende Kraft annehmen, welche in Verbindung mit der Erwärmung der Erdoberfläche durch die Sonne die täglichen Barometer-Schwankungen hervorruft. Die Sonnenflecken betrachtet er als „elekrische Ausbrüche" (?) Dr. Reis hingegen kommt aus denselben Erwägungen und getragen von den neuesten Spektraluntersuchungen zu einem andern Resultat. Ihm sind jene Flecken nichts als Produkte der kürzlich bei der großen Sonnenfinsterniß so genau studirten Protuberanzen, nichts als Rauchmassen, entstanden aus den ungeheuren Verbrennungsprozessen auf der Sonne. Da in diesen nun neben dem Wasserstoff Eisen eine Hauptrolle spielt, so wären jene Flecken Wolken von braunem Eisenrost, „wirkliche Rostflecken über dem glühenden Schilde der Sonne". Wo das hinaus will, ersehen unsere Leser sehr bald. Denn was liegt näher, als diesen weiten Eisendampfgebieten der Sonne, die stellenweise mehr Raum als unsere ganze Erdoberfläche repräsentiren, einen bedeutenden direkt-magnetischen und elektrisch-vertheilenden Einfluß auf die Verhältnisse der Planeten zuzusprechen? Ich überlasse für heute den Leser der angeregten Gesammtbetrachtung des Alls. L.

Die Provinzial-Irrenanstalt zu Owinsk.

Bekanntlich hat der Provinzial-Landtag den Betrag von 300,000 Thlr. für eine den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende Erweiterung der Provinzial-Irrenanstalt zu Owinsk ausgesetzt. Indem man aus verschiedenen Gründen die Privat-Irrenanstalt zu Kowanowko weder zu einer Erweiterung durch Aus- und Anbauten, noch das dortige Terrain zur Anlage einer größeren Irrenanstalt für geeignet erachtete, beschloß man, die ursprünglich für 100 Geisteskranke eingerichtete Irren-Heilanstalt zu Owinsk in der Weise zu erweitern, daß an demselben Orte eine zweite Anstalt errichtet würde, welche hauptsächlich als Irren-Heilanstalt zu benutzen wäre; dieselbe sollte zwar mit der älteren Anstalt, welche von nun ab hauptsächlich zur Irrenpflege verwendet werden würde, räumlich nicht enge verbunden sein, jedoch mit ihr unter ein und derselben Verwaltung und Direktion stehen. Man sah sich zu dieser Trennung der beiden Anstalten in Owinsk aus dem Grunde genöthigt, weil eine Erweiterung der bisherigen Irren-Heilanstalt durch An- und Aufbauten nicht rathsam und möglich erschien.

Das Grundstück, auf welchem die neue Anstalt errichtet werden soll, gehörte bisher zur Herrschaft Owinsk, hat einen Flächenraum von nahe 100 Morgen und ist bereits käuflich erworben worden. Während die alte Anstalt südwestlich von der Posen-Bromberger Chaussee gelegen ist, wird die neue Anstalt nordöstlich von der Chaussee, d. h. also von Posen kommend rechter Hand, vor dem dortigen Parke, etwa 600 Schritt von der alten Anstalt entfernt, errichtet werden. Beide Anstalten wird ein angemessen breiter, durch den Garten der alten Anstalt geführter Fahrweg mit einander verbinden. Das Terrain steigt hier von der Chausse nach Nordosten an. Ein vorzüglicher Quell, welcher in der Minute 140 Quart Wasser liefert, liegt so hoch, daß man dasselbe in die Küche der neuen Anstalt wird hineinleiten können; die Ableitung des verbrauchten Wassers durch den Garten der alten Anstalt nach der Warthe macht keine Schwierigkeit. Der Baugrund ist gut, so daß eine kostbare Fundamentirung der neuen Gebäude nicht erforderlich ist. Ein Theil des Grundstücks eignet sich wegen des fruchtbaren Bodens vorzüglich zu Gartenanlagen; ein anderer Theil enthält ein 9 Morgen großes Wäldchen, welches wegen seiner schönen Bäume zu einem schattigen Parke eingerichtet werden soll.

Bei Anlage der neuen Anstalt wird man auf Pensionäre erster Klasse, d. h. auf Diejenigen, die den höheren Ständen angehören, nicht Rücksicht nehmen, indem dieselben in der Privat-Irren-Heilanstalt zu Kowanowko unterzubringen sein würden. Der Neubau soll vielmehr nur zur Aufnahme von Kranken der zweiten und dritten Klasse, d. h. für den Mittelstand der bürgerlichen und ländlichen Bevölkerung, sowie für gebildetere, aber nicht wohlhabende Personen, und für die Geisteskranken aus den arbeitenden Klassen eingerichtet werden. Die jetzige Irrenanstalt kann 120 Kranke aufnehmen, und würde nach Verlegung der Apotheke, der Beamtenwohnungen u. s. w. in die neue Anstalt 140 unheilbare Geisteskranke beherbergen können. Bei Errichtung der neuen Anstalt ist zunächst nur auf die Aufnahme von 160 Kranken Bedacht genommen, welche Anzahl jedoch bis auf 260 gesteigert werden kann, so daß im Ganzen bis 400 Geisteskranke in Owinsk Platz finden würden.

Die neue Anlage wird ein Quadrat von etwa 600 Fuß Seitenlänge bilden. Dieses Quadrat wird mit seinen 4 Seiten nach Nordost, Südost, Südwest und Nordwest gerichtet sein, so daß demnach keine der 4 Seiten des Sonnenscheins ganz entbehren wird. In der Mitte des Quadrats wird sich das Oekonomiegebäude befinden, während die 4 Seiten theils durch die Administrationsgebäude und Irrenhäuser, theils durch die Umfassungsmauern begrenzt werden. Die nordwestliche Hälfte der ganzen Anlage ist für die männlichen, die südöstliche für die weiblichen Geisteskranken bestimmt. An der Hauptfront der Anlage, welche nach Südwesten gerichtet ist, befinden sich rechts und links von einem 180 Fuß langen Umfassungsgitter zunächst zwei Gebäude für die Beamten und die Administration, mit zwei Geschossen, unterkellert und mit ausgebautem Dachgeschoß. Von diesen beiden Gebäuden wird dasjenige linker Hand die Arbeits-, Empfangs- und Sprechzimmer für den Direktor der ganzen Anstalt, welcher seine Wohnung in der alten Anstalt behält, die Apotheke, die Wohnung des zweiten Arztes, des Apothekers und des Portiers enthalten; in dem Gebäude auf dem rechten Flügel werden sich die Wohnungen des Oberinspektors, des Inspektors, des Assistenz- und Volontärarztes und das Empfangs- und Sprechzimmer für Frauen befinden. An diese beiden Gebäude schließt sich auf jedem Flügel ein Irrenhaus für 20 Kranke zweiter Klasse, gleichfalls mit 2 Geschossen und unterkellert, an. Auf den beiden Seiten der Anlage nach Nordwesten und Südosten befindet sich je ein Gebäude für 60 Kranke dritter Klasse, 260 Fuß lang, zweistöckig, in den Risaliten dreistöckig. An der Nordostseite endlich wird auf jedem Flügel ein Gebäude für tobsüchtige Kranke, das Leichenhaus und ein Wohnhaus für den Gärtner angelegt werden. In der Mitte des von diesen sämmtlichen Baulichkeiten eingeschlossenen Raumes befindet sich, wie bereits bemerkt, das Oekonomiegebäude mit den großen Koch- und Waschküchen, der Dampfkesselanlage, dem Wasserthurm 2c. Sämmtliche Gebäude sollen miteinander durch gedeckte Gänge verbunden werden, so daß man trockenen Fußes die ganze großartige Anlage wird durchwandern können. Durch diese Gänge werden die verschiedenen Höfe der Anstalt von einander getrennt. Zwischen dem Umfassungsgitter an der Hauptfront und dem Oekonomiegebäude in der Mitte wird ein großer Garten angelegt, welcher später nöthigenfalls auch den Platz zur Vergrößerung der Anstalt hergeben wird.

Sämmtliche Stockwerke erhalten 13 Fuß Höhe, alle Treppen werden massiv und feuersicher hergestellt; durch geeignete Vorrichtungen wird für Ventilation gesorgt, und der Raum so reichlich zugemessen sein, daß sämmtliche Irre gesonderte Schlaf- und Wohnzimmer erhalten; außerdem sollen die Korridore gleichfalls im Winter geheizt werden, so daß sich die Irren während des Tages in denselben aufhalten können. Vom Bassin im Wasserthurm wird man das Wasser nach allen Gebäuden hinleiten und zur Speisung der Bäder in sämmtlichen Abtheilungen benutzen. Eine kleine Gasanstalt wird die erforderliche Beleuchtung für die ganze Anstalt liefern. Sämmtliche Gebäude sollen mit Anwendung des Ziegelrohbaues in gothischen Style, aufgeführt werden. Sollte es später einmal nöthig werden, die Wohnzimmer gleichfalls zu Schlafräumen einzurichten, so gewährt die Anstalt immerhin noch ausreichenden Platz für 260 Kranke.

Die Kosten für diesen großartigen Bau, der von Hrn. Reg.-Rath Koch nach dem speziellen Bauprogramme der bewährten Irrenärzte Geh. Medizin.-Rath Dr. Esse, Sanitätsrath Dr. Lähr und hauptsächlich des Direktors der Anstalt in Owinsk, Sanitätsrath Dr. Beschorner, entworfen ist, und der auch in baulicher Beziehung eine Zierde unserer Provinz sein wird, belaufen sich auf etwa 250,000 Thlr. Mit dem Bau soll im Frühjahr 1870 begonnen werden, nachdem die Anlieferung der Materialien während dieses Winters erfolgt ist, und ist die Disposition derartig getroffen, daß im Herbste 1872 die ganze Anstalt vollendet und im Frühjahr 1873 bezogen werden kann. Im Jahre 1873 soll dann die Reparatur der alten Baulichkeiten und die Einrichtung derselben zur Pflegeanstalt zur Ausführung gelangen. Gegenwärtig haben bereits die Erdarbeiten begonnen, und wird zunächst das Terrain durch Anlegung von Gräben trocken gelegt.

O.

ser Steuer liegt in der Unterbindung des öffentlichen Verkehrs, in den Hemmnissen, die sie Handel und Gewerbe und der Entwickelung unseres Nationalwohlstandes bereitet. Das gilt besonders von den großen Städten, die die Mittelpunkte des Verkehrs sind; die Aufhebung in den kleineren, wo sie lediglich nur lokale Uebelstände beseitigt, ist für den Stand der öffentlichen Interessen von untergeordneter Bedeutung. Es ist mir deshalb auch ziemlich gleichgültig, ob dieser Entwurf angenommen oder abgelehnt wird. Die Regierung nennt ihn nur die „erste Lieferung", der andere folgen würden. Das muß aber bald geschehen. Denn nach ihren eigenen Untersuchungen wird die Aufhebung mit jedem Tage schwieriger. Meiner Ansicht nach wird die Regierung auf diesem Wege schwerlich zur gänzlichen Beseitigung der Mahl- und Schlachtsteuer gelangen ohne eine gänzliche Steuerreform, ohne daß die Städte, welchen zwangsweise die Mahl- und Schlachtsteuer genommen wird, einen Theil ihrer Gebäudesteuer zurückerhalten. (Sehr richtig! rechts.) Ich urtheile hier ebenso, wie bei der Kreisordnung. Ihre am Sonnabend gefaßten Beschlüsse werden sie nur dann verwirklichen können, wenn dem Lande ein Theil der Grundsteuer zurückgegeben wird. Es würden nach meiner Berechnung in dieser Weise für Stadt und Land in den Provinzen, die mit Provinzialfonds noch nicht bedacht sind, etwa 3 Millionen erforderlich sein, die so zu vertheilen sein würden, daß die Städte eine, das platte Land zwei Millionen bekäme. Diese Summe würde nur in der Korrektur der Einkommensteuergesetzgebung in der Weise, daß die wohlhabenden Klassen zum vollen gesetzlichen Steuerbetrage herangezogen werden, gefunden werden können. Der Entwurf, den Hr. v. d. Heydt zur Revision der Einkommensteuer vorgelegt hat, ist in der Finanz-Kommission allerdings für unannehmbar und unamendirbar erklärt, gleichwohl aber die Revision fast einstimmig als ein dringendes Bedürfniß anerkannt. Ich hoffe, die Regierung wird bald eine Enquete veranlassen, so daß 1871 nicht allein die Revision beendigt ist und die einzelnen Provinzen mit Provinzialfonds bedacht sind, sondern auch die Mahl- und Schlachtsteuer völlig aufgehoben ist.

Abg. Dr. Löwe: Ich kann mich diesen Wünschen nur anschließen; gleichwohl nehme ich das gegenwärtige Gesetz als eine Abschlagszahlung, einmal in Beziehung auf die räumliche Ausdehnung, in der der Verkehr von lästigen Beschränkungen befreit wird, sodann in prinzipieller Beziehung insofern, als die Regierung endlich anerkannt hat, daß die Mahl- und Schlachtsteuer eine unwirthschaftliche, ungerechte und eine schlechte Finanzquelle ist. Hoffentlich wird sie auch unsern übrigen Gründen gegen diese Steuer beipflichten. Um einer großen Steuerreform willen dürfen wir aber eine so kleine Maßregel, wie die vorliegende, nicht außer Acht lassen. Die Schwierigkeiten der Reform sind durch unsere eigenthümlichen Verfassungsverhältnisse bedeutend größer geworden, als sie vor 1866 waren; sie kann uns jetzt nur vom Reichstag und Zollparlament möglich gemacht werden. Die Einkommensteuer würde uns, ohne die Gerechtigkeit zu beeinträchtigen, große Mittel zur Verfügung stellen, aber ihre Rektifizirung mit einer bedeutenden Erhöhung der Steuer verbunden sein. Diese Mehreinnahme könnten wir der Regierung nur zugestehen, wenn sie in die Quotisirung der Steuer willigte. — Die Regierung hätte in das Gesetz noch besonders Stettin, Grabow, Halle a. S., Magdeburg, Bonn aufnehmen können. Ich hoffe aber, sie wird von selbst die Verhältnisse noch anderer Städte studiren. Für Stettin hat sich der Hr. Finanzminister schon ganz positiv ausgesprochen. Einen unserer Hauptgründe gegen diese Steuer, die Beschränkung des Handels, hat die Regierung unbeachtet gelassen. Es steht statistisch fest, daß unter allen Industrien die Mehlfabrikation die geringsten Fortschritte gemacht hat. In Berlin ist seit 1856 keine neue Mehlfabrik entstanden. Das Mehl wird meistens importirt. Nach unsern eigenthümlichen Müllereigesetzen ist die Sortirung der verschiedenen Produkte nicht möglich, das geringere Produkt muß ebenso hoch wie das bessere versteuert werden. Die Landwirthschaft wird zugleich dadurch benachtheiligt, als unser Getreideexport den Mehlexport weit überschreitet. Exportirten wir bloß Mehl, so würden wir z. B. die Kleie im Lande behalten, die als Nahrungs- und Düngungsmittel von Werth ist. Durch diese Beschränkung der Fabrikation kommt es, daß die Mittelpunkte des Volkslebens, die großen Städte, häufig so wenig mit Nahrungsmitteln versehen sind, daß sie bei den geringsten zufälligen Störungen im Verkehr in Noth gerathen. Am 9. Dez. v. J. war Berlin nur mit Lebensmitteln für zwei Tage versehen. — Bei der Schlachtsteuer gilt ganz dasselbe. Die Thiere müssen oft, ehe sie zur Versteuerung kommen, lange auf dem Transport bleiben und werden dadurch theuer. Bekannt ist, daß ein Schaf, im Osten geboren, am besten in Mitteldeutschland und im Westen gedeiht. So kommen jährlich 40 bis 50,000 Hammel durch Berlin. Die schlechten und kranken Thiere werden hier verkauft, die krepirten zu Wurst zerhackt, die Sie dann essen. — Wir akzeptiren dieses Gesetz, weil wir uns freuen, daß die Regierung die Aufhebung dieser Steuer nicht mehr von der Zustimmung der Magistrate und Stadtverordneten abhängig macht, auf die wir lange warten könnten, da besonders die Magistrate nur an den Steuerempfänger und nicht an den Steuerzahler zu denken pflegen. Wir hoffen aber, daß die Regierung von selbst ihre Maßregel recht bald auf andere Städte ausdehnen wird.

Abg. Groschke ist gegen die zwangsweise Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer. Die verschiedenen Bedenken gegen diese Steuern seien nur zum Theil berechtigt. Was die Behinderung des Verkehrs anbelange, so sei diese namentlich hinsichtlich der Mahlsteuer nicht zu bestreiten; indeß gelte das namentlich für die großen Städte, während es sich doch in der Vorlage nur um kleinere handelt. Durch eine so vereinzelte Aufhebung der Steuer würden die unvermeidlichen Nachtheile, die mit der Aufhebung verknüpft seien, sich nur erhöhen; auf ein Minimum seien diese nur dadurch zu beschränken, daß man einheitlich und im Ganzen vorgehe. Bis dahin solle man also warten.

Der Finanzminister: Die Staatsregierung sieht diesen wichtigen Schritt, in Folge dessen in mehr als einem Drittel der bisher noch mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte diese Besteuerungsform aufgehoben und eine Klassensteuer an ihre Stelle gesetzt wird, als einen ersten und nicht als den letzten an. Sie thut ihn nicht gezwungen durch die Gewalt der Ideen allein, wie der Abg. Löwe es bezeichnete, sondern sie hat ihn gethan und sie wird weitere Schritte thun in der klaren Erkenntniß der mannigfachen Uebelstände, die mit der Beibehaltung dieser Steuern, namentlich der Mahlsteuer, verknüpft sind. Ich habe die Darlegung, der nachtheiligen Wirkungen der Beschränkung des Handels mit Mehl und Getreide als durchaus richtig und begründet anerkennen müssen und Sie dürfen überzeugt sein, daß die Staatsregierung den Weg der Reform ernstlich und mit aufrichtigem Willen weiter zu machen bestrebt sein wird. Dennoch, m. H., glaube ich Ihnen nicht in Aussicht stellen zu können, daß diese Reform so rasch, wie hie und da geglaubt wird und so mit einem Schlage sich wird bewerkstelligen lassen. Mir scheint, daß der Weg, den die Staatsregierung eingeschlagen, die individuellen Verhältnisse der einzelnen Städte ins Auge zu fassen, ein gewisses Mitgefühl für die Schwierigkeiten zu haben, mit denen die städtischen Verwaltungen zu kämpfen haben werden, doch auch seine guten Seiten hat. Da kann man denn nun freilich streiten, wie man die Auswahl treffen soll. Ich persönlich kann in Bezug auf den vorliegenden Gesetzentwurf ein Verdienst hinsichtlich dieser Auswahl nicht in Anspruch nehmen, es gebührt meinem Amtsvorgänger, denn die Verhandlungen hatten schon stattgefunden, als ich mein Amt übernahm und mir lagen nur noch die letzten Feststellungen ob. In Zukunft werden wir diese Untersuchungen fortsetzen und nicht bloß auf die kleinen Städte beschränken. Ich habe schon im anderen Hause durch meinen Kommissarius erklären lassen, daß wir auch bei größern Städten diese Frage sehr ernstlich in Erwägung nehmen wollen. Es ist nicht ganz richtig, wenn angenommen wurde, ich hätte in Bezug auf Stettin äußern lassen, daß man auch für diese Stadt die Aufhebung ins Auge fasse. Was geäußert worden ist, beschränkte sich darauf, daß auch in Bezug auf Stettin eine namentlich sorgfältige Prüfung der Sache eintreten solle. Dabei wird die Staatsregierung künftig davon ausgehen, wie sie das auch in dieser Vorlage schon gethan hat, daß sie den Widerspruch städtischer Behörden nicht als entscheidend betrachtet (bravo!); sie wird natürlich eine billige Rücksicht auf die Bedürfnisse der Stadt nehmen, aber sie kann die Beibehaltung einer solchen Steuerform von dem Widerspruch der Städte allein nicht abhängig machen lassen, wie sie das auch durch die Vorlage schon bekundet hat. Und so, m. Herren, glaube ich Ihnen die unveränderte Annahme des Gesetzes empfehlen zu können, und bitte Sie zugleich, auch den Termin für die Ausführung dieser Steuerreform nicht hinauszuschieben. (Bravo.) Die Staatsregierung hat bei den Verhandlungen, die stattgefunden haben, die Schwierigkeiten, die sich in praktischer Beziehung ergeben können, nach allen Richtungen hin erwogen, und sie glaubt die Verantwortung übernehmen zu können, daß schon am 1. Juli d. J. in den genannten Städten mit der Maßregel vorgegangen werden kann. Ich bitte Sie, den Entwurf unverändert anzunehmen, keine neuen Städte hinzuzufügen und von den bezeichneten keine zu streichen.

Abg. Dr. Virchow spricht zunächst seine Genugthuung aus über den Sieg der Ideen der Fortschrittspartei. Ebenso die Konservativen, wie die Regierung sei zur besseren Erkenntniß gekommen, was sich besonders in der zwangsweisen Beseitigung zeige. Wir dürfen uns gar nicht wundern, wenn die städtischen Behörden, da sie weniger betheiligt sind als die Steuerzahler, sich mit der Aufhebung dieser Steuer wenig befreunden können und um so lebhafter dagegen protestiren, je weniger sie aus allgemeiner Wahl hervorgehen. In Stralsund z. B., wo nach alter Tradition ein Patrizierregiment sich statuirt hat, repräsentiren die städtischen Behörden keineswegs die Leute, die zur Steuer herangezogen werden. Selbst in Berlin haben die städtischen Behörden bald nach dieser, bald nach jener Richtung hin geschwankt. Der Grund dieser Unsicherheit hat immer nur in der Frage gelegen: was soll an die Stelle der Mahl- und Schlachtsteuer treten? Derselbe Gedanke durchzieht auch die Motive der Regierung, wenn sie dabei auch eine Verminderung der Ausgaben der Städte für möglich halten, so weiß der Hr. Finanzminister ja selber, daß die Städte seit Jahren, namentlich für den Unterricht, so enorme Aufwendungen machen müssen, daß an eine Verminderung der Ausgaben gar nicht zu denken ist. Der Grund davon liegt darin, daß der Staat selber für diese Zwecke kein Geld hat. Die ausgezeichneten Erfolge, die der Kultusminister neulich in Bezug auf das höhere Unterrichtswesen konstatirt hat und die ihm sogar eine Belobigung seitens Sr. Majestät eingetragen haben, sind wesentlich dem Umstande zuzuschreiben, daß die Städte in immer höherem Maße ihre Angehörigen für Schulzwecke besteuern, am Wenigsten aber den Bemühungen des Herrn Kultusministers. (Sehr richtig!) Hätte dieser auch nur das geringste Verdienst in dieser Sache in Anspruch zu nehmen, dann hätten vielleicht die Städte mit ihren alten Summen auskommen können; da sie aber von ihm sich gänzlich im Stiche gelassen sahen, so konnten sie nicht anders, als der in Folge des schnellen Anwachsens der Bevölkerung nöthig werdenden Vermehrung der Schulen mit Erhöhung der Steuern Genüge zu leisten. Als Ersatz für die Mahl- und Schlachtsteuer wird meiner Meinung nach am Besten sich eine besondere städtische Einkommensteuer empfehlen. In Berlin hat man den ersten Schritt damit sehr glücklich überwunden, in Berlin erscheint damit das Problem: was setzen wir an Stelle der Mahl- und Schlachtsteuer? als ein gelöstes. Die Mahl- und Schlachtsteuer wurde 1820 eingeführt mit als Tilgungsmittel für die Staatsschulden. Seitdem Sie beschlossen haben, keine Staatsschulden mehr zu bezahlen, müssen Sie auch die Steuergesetze aufheben, die zur Sicherung der Amortisation dienen sollten. Herr Groschke meinte, mit der Defraude habe es nicht viel auf sich; es sei ja nichts so Schlimmes, wenn man mal aus Versehen rechts fahre. Bei der Grundneigung dieses Herrn Abgeordneten, rechts zu fahren, kann ich mir das wohl vorstellen (Heiterkeit), aber verlangt das Gesetz einmal daß links gefahren werden muß, dann wird es eine ganz andere Sache, wenn Jemand dennoch die Neigung zum Durchbruch ommen läßt, rechts zu fahren; dann ist es unmoralisch. Für die Erziehung des Volkes zur Gesetzlichkeit ist es höchst wünschenswerth, jede Gelegenheit zu kleinen Unsittlichkeiten hinwegzuräumen. Der Herr Finanzminister hat seine Zustimmung zu den Anschauungen unserer Seite auf die Mahlsteuer beschränkt. Die Schlachtsteuer aber ist insofern noch gefährlicher, als sie den Fleischgenuß der ärmeren Bevölkerung zu einem immer selteneren macht. Es giebt einen großen Kreis von Arbeitern, deren Arbeitsertrag nicht ausreicht, um ihnen irgendwelche Fleischrationen zu gestatten. Daraus muß eine Schwächung der Arbeitskraft im Ganzen hervorgehen.

Die Diskussion wird darauf geschlossen. Abg Groschke erklärt persönlich gegen Abg. Virchow, es sei ihm nicht eingefallen, die Defraudationen für moralisch unerheblich zu erklären. — In der Spezialdiskussion lenkt Abg. v. Kardorff noch einmal die Aufmerksamkeit auf die etwaigen Aequivalente, die man für die Mahl- und Schlachtsteuer habe. Der Verweis des Abg. v. Benda auf die englische Einkommensteuer nützt wenig, da jene Steuer in England einen ganz anderen Charakter hat, als bei uns. Der einzige Ersatz liegt in der erhöhten Besteuerung des Tabaks, in dem Tabaksmonopol, um das wir doch nicht herumkommen. Es verschafft uns 15 bis 20 Millionen Einnahmen, wir können unser ganzes Steuersystem reformiren, die direkten Steuern quotisiren und kontingentiren und unser ganzes Budgetrecht revidiren.

Abg. Wachler befürwortet, das Gesetz erst mit dem 1. Januar 1871 in Kraft treten zu lassen, mit dem Hinweis auf die Unbequemlichkeiten, welche die städtischen Behörden von einem in die Mitte des Jahres fallenden, das Etatsjahr zerreißenden Termine haben würden. Dagegen müßte die Rücksicht auf die steuerzahlende Bevölkerung zurücktreten, obgleich auch diese, soweit sie Handel oder Gewerbe treibe, gerade um die Weihnachtszeit die größten Einnahmen habe, also am besten den Uebergang von der indirekten zur direkten Steuer ertragen könne. — Reg.-Komm. Burghart: Der Termin ist von der Regierung festgesetzt worden ohne alle Ungeduld, lediglich nach den Rücksichten, die ihr in dieser Frage zweckmäßig erschienen, hauptsächlich also nach der Rücksicht, ob es den am Wenigsten bemittelten Leuten möglich sein werde, den Uebergang zur direkten Steuer zu vollziehen, ohne in Exekutionen oder andere Kalamitäten zu gerathen. Diese Rücksicht verdienen sie schon ihrer Zahl nach; von 7,709,503 klassensteuerpflichtigen Personen stehen allein 6,790,803 auf der untersten Steuerstufe. — Abg. v. Mitschke-Collande spricht für seinen Antrag, den Termin der Einführung auf den 1. Juli 1871 festzusetzen.

Referent Richter: In Berlin ist die Gemeinde-Einkommensteuer auch im Juli eingeführt. Im Januar sind gerade wegen der vorangegangenen Weihnachtsbescheernngen die Mittel namentlich der Beamten knapper. Die gewerbtreibende Bevölkerung schickt zwar zu Neujahr ihre Rechnungen aus, erhält den Betrag aber zum großen Theile doch erst im Laufe des Jahres.

Die Spezialdiskussion wendet sich nun den einzelnen Städten zu, die aus der Liste gestrichen oder in sie eingefügt werden sollen. Abg. v. Kleist plaidirt für die Streichung Rathenows mit Berufung auf die Petition des dortigen Magistrats, die der Referent seinerseits mit Rücksicht auf die dortigen hohen Erhebungskosten als eine Dreistigkeit bezeichnet. Abg. v. Boettiger plaidirt, obwohl im Allgemeinen ein Freund der Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, für die Exzeption Stralsunds und beruft sich auf seine Kollegen aus Neuvorpommern als Zeugen dafür, daß der Wohlstand und der Verkehr dieses Landestheils und speziell der Stadt Stralsund in eklatanter Weise zurückgegangen sind. Ihre Verwaltung, die Redner genau kennt, ohne ihr zur Zeit anzugehören, verdient die Vorwürfe nicht, die Virchow gegen sie erhoben. Die Stadt ist reich, aber man kann reich sein und doch sehr krank. Denn sie kann auf ihren Grundbesitz kein Geld aufnehmen, wie überhaupt kein Grundbesitzer in Neuvorpommern Kredit finden kann. Das Hypothekengesetz ist mit dem 1. Juli 1869 in diesem Landestheile zwar eingeführt, aber noch existiren keine Hypothekenbücher und es werden Jahre vergehen, bis sie vorhanden sind. Alle Motive für Aufhebung der Steuer treffen für Stralsund nicht zu; man möge daher der Stadt Zeit zu ihrer politischen und finanziellen Reform lassen.

Abg. Dr. Löwe weist auf die auffallend starke Disposition zum Typhus hin, die in Stralsund in Folge der schlechten Ernährung herrscht; dagegen ist die Störung des Wohlstandes in Neuvorpommern gerade ein Motiv mehr, den Verkehr mit Nahrungsmitteln von jeder Fessel zu befreien, und das Defizit in der Verwaltung der Stadt Stalsund ganz so wie das Defizit des Staates, nur in verjüngtem Maßstabe, zugleich von einem so großen Reichthum an Grundbesitz begleitet, daß es für die vorliegende Frage nichts bedeutet. — In ähnlichem Sinne äußert sich Reg.-Kommissar Burghart.

Abg. Eichhorn wünscht die Stadt Oppeln von dem Gesetze ausgenommen zu sehen, da die praktischen Schwierigkeiten, die der Durchführung der Maßregel entgegenstehen, allzu groß sind. — Referent Richter: Das Verhältniß ist in Oppeln so günstig, wie nur noch in zwei anderen Städten, es ist nur ein Zuschlag von $66^2/_3$ Prozent zur Staatseinkommensteuer erforderlich, um den Ausfall der Mahl- und Schlachtsteuer zu decken.

Abg. Koch verlangt die Beibehaltung der Mahl- und Schlachtsteuer für Frankenstein. Allerdings liege eine Petition der Bevölkerung im entgegengesetzten Sinne vor, wie aber solche Petitionen zu Stande kämen, wisse Jeder; ein sachverständiges Urtheil sei nur den kommunalen Behörden zuzuerkennen, und diese protestiren gegen die Aufhebung. — Ref. Richter: Die Erhebungskosten betragen dort mehr als irgendwo anders, nämlich 42 Prozent, und überdies ist die Zahl der Defraudationen in Frankenstein so bedeutend, daß dieser Umstand allein die Aufnahme der Stadt in das Gesetz rechtfertigt.

Abg. Wachler befürwortet die Streichung der Stadt Oels, da dieselbe sich in einer so großen Kalamität befinde, daß sie die Einnahme aus der Mahl- und Schlachtsteuer nicht entbehren könne. Abg. v. Buddenbrock begründet seinen Antrag auf Streichung der Stadt Schweidnitz durch die große Zahl von Exekutionen, die schon jetzt im Außenbezirke wegen Nichtzahlung der Klassensteuer vollzogen würden, durch Ausdehnung der Klassensteuer auf die Stadt selbst würde sich diese Zahl noch verdreifachen. — Ref. Richter: Die Zahl der Exemtionen, eine Folge der Doppelbesteuerung zeugt von der traurigen Lage der ärmeren Bevölkerung in dem Außenbezirke, helfen wir diesem Uebelstande durch Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer ab, zumal die Stadt nach der Beseitigung des Festungsgürtels dem freien Verkehr wiedergegeben ist. Die Mauern der Stadt sind gefallen, mögen die Thore auch fallen! Abg. v. Skal beantragt, die Stadt Jauer von dem Gesetze auszunehmen. Ref. Richter bezweifelt, daß dieser Wunsch von der Bevölkerung selbst getheilt werde, da sie an den Staat durch die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer 4000 Thlr. jährlich weniger zu zahlen haben.

Rohland und Schröder wünschen die Stadt Königsberg i. d. N. in das Gesetz aufgenommen zu sehen. Abg. Schröder weist auf die Höhe der Erhebungskosten von dreißig Prozent hin. Der Uebergang zur direkten Besteuerung werde sich bei den dortigen Zuständen leicht bewerkstelligen lassen, und daß die Bevölkerung selbst diesen Wunsch theile, beweise eine dem Hause vorliegende Petition, die mit 588 Unterschriften aus der Bürgerschaft bedeckt sei. Reg.-Komm. Burghart bittet auf die Aufnahme Königsbergs für dies Jahr zu verzichten. Die Petition vertrete nicht die Ansicht der ganzen Stadt; von dem Magistrat liege eine Gegenpetition vor und es sei anzuerkennen, daß in keiner Stadt der Provinz Brandenburg die Schwierigkeiten der Umwandlung der indirekten in die direkte Besteuerung so groß seien, wie gerade in Königsberg.

Ref. Richter theilt persönlich die Wünsche der Antragsteller; die Kommission habe indessen den Antrag mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt in der Erwägung, daß es nicht Aufgabe der Kommission sei, aus eigener Initiative die Zahl der im Entwurfe enthaltenen Städte zu erweitern. Abg. Rohland befürwortet die Aufnahme der Stadt Naumburg a. S. in das Gesetz und stützt sich hierbei auf eine mit 531 Unterschriften bedeckte Petition, die die Aufhebung der indirekten Besteuerung, namentlich wegen der Konkurrenz der jetzt steuerfrei werdenden Stadt Weißenfels und der mit indirekten Steuern nicht belasteten thüringschen Städte empfiehlt. Abg. Pieschel tritt dem Antrage entgegen. Er behauptet, daß von den Unterschriften der Petition eine große Zahl Almosenempfängern, Minderjährigen und längst Verstorbenen angehöre. Ref. Richter konstatirt, daß nur eine Unterschrift der Petition einem bereits Verstorbenen angehöre.

Endlich befürwortet Abg. Rohland die Aufnahme der Stadt Zeitz in das Gesetz, ans der ebenfalls eine mit 1628 Unterschriften von Arbeitern wie von angesehenen Bürgern bedeckte Petition in diesem Sinne vorliege. — In der darauf folgenden Abstimmung werden sämmtliche auf Streichung einzelner Städte gerichtete Amendements abgelehnt, dagegen die Anträge auf Aufnahme der Städte Königsberg i. N, Naumburg a. S. und Zeitz und hierauf mit dieser Modifikation das ganze Gesetz angenommen. Desgleichen die von der Finanzkommission beantragte Resolution. Schluß 3¼ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag. (Hypothekengesetz. Der Vorschlag, auch die Mandatserledigung des Abg. v. Scheel-Plessen auf die T.-O. zu setzen, wird abgelehnt.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 25. Januar.

— **Ministerialerlaß.** Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten hat sämmtliche Regierungen und Landdrosteien benachrichtigt, daß er nach stattgehabter Vereinbarung mit dem Kanzler des Norddeutschen Bundes beschlossen hat, von einer Vereidigung der nach § 29 der Gewerbe-Ordnung zu approbirenden Aerzte und Zahnärzte abzusehen. Hinsichtlich der Apotheker und der Hebeammen bewendet es jedoch bei den bisherigen Bestimmungen. Die Vereidigung der Aerzte ist übrigens sehr alten Datums, wird auch noch von den medizinischen Fakultäten, bei denen sie lange keine Bedeutung mehr hat, bei Doktorpromotionen gefordert.

— **Militärisches.** v. Klaß, Pr.-Lieut. vom 1. Niederschl. Inf.-Reg. Nr. 46, zum Hauptm. u. Komp.-Chef, Bendemann, Sek.-Lt. von dems. Regt., zum Pr.-Lt., Heise, Unteroffiz. von dems. Regt., zum Port.-Fähnr. Kern, Pr.-Lt. vom 3. Niederschl. Inf.-Reg. Nr. 50, zum Hauptm. u. Komp.-Chef, Nöthling, Sek.-Lt. von dems. Reg., zum Pr.-Lt., Kalau v. Hoven, Pr. Lt. vom 3. Pos. Inf.-Reg. Nr. 58, zum Hauptm. u. Komp.-Chef, Guderian, Sek.-Lieut. von dems. Regt., zum Pr.-Lt. befördert. Scheerbarth, Pr.-Lt. vom 4. Pos. Inf.-Reg. Nr. 59, unter Beförderung zum Hauptm. u. Komp.-Chef, in das 2. Schl. Gren.-Regt. Nr. 11 versetzt. Jaeckel, Sek.-Lt. vom 4. Pos. Inf.-Reg. Nr. 59, zum Pr.-Lt., v. Kamp, Unteroff. von dems. Regt, zum Port.-Fähnr. befördert. v. Natzmer, Hptm. u. Komp.-Chef vom 2. Schl. Gren.-Reg. Nr. 11, in das 4. Pos. Inf.-Regt. Nr. 59 versetzt. Ludendorff, Pr.-Lieut. vom 2 Leib-Hus.-Reg. Nr. 2., zum Rittmstr. und Esk.-Chef, v. Neuhauß, Sek.-Lieut. von dems. Reg., zum Pr.-Lt., dieser vorläufig ohne Patent, Sydow, Gefr. vom Kurm. Drag.-Reg. Nr. 14, zum Port.-Fähnr. befördert. Eichholtz, Sek.-Lt. vom 4. Pos. Inf.-Reg. Nr 59, als Pr.-Lt. mit Pension nebst Aussicht auf Zivilversorgung und der Reg.-Uniform der Abschied bewilligt.

— **Die Handwerkerschule** wird gegenwärtig von 36 Schülern besucht und werden wöchentlich 26 Unterrichtsstunden ertheilt, und zwar 12 Zeichenstunden an allen Wochentagen von 6 — 8 Uhr Abends durch Herrn Zeichenlehrer Jaroczynski; 3 Rechnenstunden Montag, Mittwoch u. Freitag von 11 — 12 Uhr durch Herrn Lehrer Teplitz: 3 Stunden im Modelliren Sonnabend von 9 — 12 Uhr durch Herrn Stuckateur Karafzkiewicz; 4 Bauinstruktionsstunden Dienstag und Freitag von 2 — 4 Uhr durch den kgl. Baumeister Hrn. Schwarz, 2 Stunden in der Mathematik, und 2 Stunden in der Physik, Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag durch Herrn Oberfeuerwerker Krause. Nachdem die Stände des Kreises Samter 100 Thlr. pro 1870 und ebensoviel pro 1871 für die Schule bewilligt haben, wird auf dem nächsten Kreistage des Kreises Posen durch Hrn. v. Treskow-Radojewo der Antrag gestellt werden, für die Schule gleichfalls eine Unterstützung von 100 Thlrn. zu gewähren.

— **Ein Feuer** brach Sonntag Abends 8½ Uhr in einem Keller unter dem Waagegebäude am Alten Markte aus, indem das dort befindliche Stroh wahrscheinlich durch ein Kohlenbecken, welches dorthin gestellt worden war und in welchem sich noch einige glimmende Kohlen befanden, in Brand gerieth. Die Löschmannschaften drangen mittelst des Galibertschen Respirators in den mit Rauch gefüllten Keller und löschten in kurzer Zeit das Feuer. Etwa 30 Brote, welche dort aufbewahrt wurden, sind durch dasselbe theilweise verbrannt und unbrauchbar geworden.

— r. **Kreis Bomst,** 23. Jan. [Lebensgefährliche Verletzung.] Am 11. d. M. begaben sich die Brüder Franz und Joseph Herkt aus Droniki nach der nahen Schlawaer Forst in der Absicht Holz zu stehlen. Sie hatten auch bereits eine junge Kiefer vollständig und eine andere zur Hälfte abgesägt, als sie den herrschaftlichen Förster erblickten. Obwohl sie die Flucht ergriffen, schoß der Förster auf sie, wobei Franz nur von einigen Schrotkörnern getroffen, Joseph hingegen lebensgefährlich verwundet worden sein soll. So viel steht bereits fest, daß der den J. behandelnde Arzt sich außer Stande erklärt hat, die im Rücken befindlichen Schrotkörner herauszubringen. — Vorgestern begab sich von hier eine Gerichtskommission an Ort und Stelle und wird die eingeleitete Untersuchung wohl die Größe der Schuld des Försters feststellen.

S. **Buk,** 21. Jan. [Erfroren. Eisenbahn.] In der Nacht vom 19. zum 20. d. Mts. ist auf dem Territorium Niegolewo, hiesigen Polizeidistrikts, eine fremde Frau erfroren vorgefunden worden, deren Name und Heimath bis jetzt polizeilich nicht festgestellt werden konnte. — Bei der neulich stattgefundenen Bereisung der hiesigen Eisenbahnstrecke (Märkisch-Posener Bahn) durch Mitglieder des Verwaltungsraths, sowie zweier Regierungs-Kommissare ist die Schienenlage als fahrbar anerkannt worden, und steht daher auch in kürzester Frist die polizeiliche Bereisung behufs definitiver Abfindung mit den angrenzenden Grundbesitzern in Aussicht.

D. **Rogasen,** 20. Jan. [Steuern. Die „Leiche". Ein Eber. Gesundheitszustand.] Hier wie anderwärts werden Klagen laut über die mit dem neuen Jahr eingetretene Erhöhung der Klassensteuer, über zu hohe Belastung des Grund- und Gebäudebesitzes zur Erzielung höherer Kommunalbeiträge, und diese Klagen ertönen hier um so lauter als in einer Stadt ohne besondere Erwerbsquelle, durch zu große Ueberbürdung, der Werth des Eigenthums und damit der allgemeine Wohlstand herabgedrückt wird. — Vor einigen Jahren ging von hier nach Posen und umgekehrt 2 bis 3 Mal wöchentlich ein Omnibus, der jedoch trotz des sonst starken Personenverkehrs und der nicht zu hohen Fahrpreise doch nicht seine Rechnung finden konnte und mit der Zeit seine Fahrten gänzlich einstellte. Es scheinen hauptsächlich die „billigen" Fahrgelegenheiten gewesen zu sein, die demselben zwar nicht durch Bequemlichkeit und schnelle Fahrt, wohl aber durch den geringen Fahrpreis starke Konkurrenz machten. Unter diesen billigen Fahrgelegenheiten nimmt die sogenannte „Leiche" ein einspänniger Plauwagen, welcher mit 15

(Fortsetzung in der Beilage.)

bis 20 Personen beladen wird, eine hervorragende Stelle ein. Die „Leiche" ist sehr billig, denn ein einfaches Billet kostet 7 Sgr. 6 Pf., ein Retourbillet 12 Sgr. 6 Pf. und hat der Passagier noch Anspruch auf eine Tasse Kaffee in Goslin. Ueber den Ursprung des Namens „Leiche" wie über die ganze Fahrgelegenheit herrscht ein gewisses Dunkel, da dieselbe stets in der Dunkelstunde von hier abfährt und ebenso ankommt. Doch nicht immer gelingt es der „Leiche" bis nach Posen zu kommen, da das überhaupt matte Pferd in Goslin schachmatt ankommt und auf der weiteren Tour mitunter selbst als Leiche liegen bleibt, sodaß die Passagiere genöthigt sind, das Ziel ihrer Reise zu Fuß aufzusuchen. — In den Forsten des Dominium Siernik bei Rogasen ist in den letzten Tagen mehrfach ein mächtiger Eber gesehen worden. Die zur Erlegung desselben veranstalteten Treibjagden sind bis jetzt resultatlos geblieben. — Der Gesundheitszustand war in den letzten Monaten ein recht günstiger, in der letzten Zeit sind jedoch durch Erkältungen bei den anhaltenden starken Feuchtigkeits-Niederschlägen Katarrhe bei Erwachsenen und Kindern eingetreten.

D **Rogasen,** 21. Jan. [Feuer. Feuernothwehr und Feuerwehrnoth.] Gestern Abend gegen 10 Uhr brannte der in nächster Nachbarschaft des Konzertsaales, wo gerade der Besitzer eines Euphonions einen Vortrag beendet hatte, gelegene Stall des Hrn. A. Mittelstädt. Das Feuer griff bei starkem Nordostwinde mit reißender Schnelligkeit um sich, so daß kaum die Kühe aus dem brennenden Stalle herausgebracht werden konnten; zwei Pferde konnten des starken Rauches wegen nicht mehr gerettet werden und mußten den Flammentod erleiden. Auch die daran stoßende Scheune wurde alsbald vom Feuer ergriffen und wäre das nächste Gebäude, welches schon an einigen Stellen brannte, ein Raub der Flammen geworden, wenn dem Feuer nicht energisch abgewehrt worden wäre. Hr. Fähnrich v. Muschwitz war der erste, der trotz des starken Rauches an dem Giebel desselben Posto faßte und über ¼ Stunde durch Gießen und Abstoßen der Brände dem Weitergreifen des Feuers entgegentrat. Die schlechte Disziplin unserer städtischen Feuerwehr machte sich auch bei diesem Feuer recht fühlbar, die Leute standen herum und trugen wenig oder gar nichts zur Rettung bei. Die Bemühungen des Hrn. Beigeordneten Derpa fanden wenig Unterstützung und konnte derselbe unter den Umständen nicht durchgreifen. Die Spritzen kamen erst, nachdem das Feuer 1 Stunde gewährt hatte, zur Anwendung; da zum Nebengehöfte keine Auffahrt war, mußten dieselben vom See aus herangeschafft werden. Die Spritze des Hrn. Weiert aus Ciesla war die erste, welche in Thätigkeit kam. Wäre das Feuer später ausgebrochen, so häte es unabsehbare Dimensionen annehmen können, da die Gebäude dort bis zur Straße zusammenhängen. Hr. Mittelstädt ist zwar versichert, jedoch wird die Versicherungssumme kaum den Schaden decken. Die Entstehungsart des Feuers ist unbekannt. Eine freiwillige Feuerwehr ist für unsere Stadt dringendes Bedürfniß und würde es der Provinzial-Feuer-Sozietät von Interesse sein, wenn sie dieselbe pekuniär unterstützte.

Stenschewo. Es gehört nicht zu den Seltenheiten, daß gutmüthige Katholiken auf dem Sterbebette in Folge der Vorstellungen ihrer Seelsorger der Kirche bedeutende Summen Geldes vermachen. Doch die im Mittelalter so oft vorkommenden Verschreibungen, wodurch Klöster über eine erstaunliche Menge von Gütern zu verfügen in den Stand gesetzt wurden, schwinden. Polnische Blätter berichten aus Stenschewo von einem kranken Knechte, zu welchem ein Geistlicher gerufen wurde. Nachdem letzterer den Kranken auf die Ewigkeit vorbereitet hatte, brachte er auch in Erfahrung, daß der Knecht im Besitze von 200 Thlrn. sei. Man kann sich die Freude des jungen Vikars denken, als der Kranke im Beisein des Lehrers aus dem Dorfe sich schriftlich verpflichtete, der Kirche 100 Thlr. zu schenken, falls er stürbe. Das aufgenommene Schriftstück nahm der junge Geistliche an sich und ehe er es dem Gericht überliefert hatte, ereilte ihn der Tod, der Knecht aber wurde gesund. Das Schriftstück kam in die Hände des Gerichts. Dieses fragte bei dem Knechte behufs Anerkennung seiner Verbindlichkeit an; der will jedoch davon nichts wissen und giebt an, nur in der Hitze der Krankheit darauf eingegangen zu sein. (Br. Z.)

× **Wongrowitz,** 20. Jan. [Unglücksfall. Brand. Plötzlicher Tod. Theater.] Dem k. Kreisgericht wurde vorgestern aus Lekno die Anzeige gemacht, daß der dortige Kirchendiener und Glöckner L. beim Einschmieren der Glockenöhre vom Glockenthurme herabgestürzt ist und hierbei sofort seinen Tod fand. L. hinterläßt eine Wittwe und mehrere noch unversorgte Kinder. — Wie uns soeben aus Gollancz mitgetheilt wird, ist am vergangenen Dienstage wiederum in dem Propsteigehöfte Feuer ausgebrochen, welches den Schafstall und eine Scheune in Asche legte und grade zu derselben Zeit, als der reisende Inspektor der Schwedter Feuersozietät die Höhe des ersten Brandschadens feststellen wollte. — Am 9. d. M. langte in dem etwa ⅛ Meile von hier entfernten Dorfe L. ein anscheinend dem Bettlerstande gehöriger bereits bejahrter Mann an, welcher daselbst bei einem Wirthe ansprach. Plötzlich erkrankte der Unglückliche und der für das Wohl seiner Gemeinde sehr besorgte Wirth hatte nichts Eiligeres zu thun, als den anscheinend vom Schlage Gerührten sofort auf ein Fuhrwerk zu laden und vor das hiesige städtische Arrestlokal zu schaffen. Hier verstarb der Mann nach etwa 2 Stunden. Der herbeigerufene Arzt konstatirte Gehirnschlag. Die Persönlichkeit des Verstorbenen ist bis jetzt nicht festgestellt worden. Jedenfalls wird die hiesige Kommune von der Gemeinde L. die Erstattung der Beerdigungskosten verlangen. — Seit vielen Jahren macht ein blödsinniges Individuum, Namens J. die hiesige Stadt und sogar die Umgebung unsicher. J. trotz der größten Kälte nur mit ein Paar leinenen Beinkleidern und halbem Hemde bekleidet, durchzieht tagtäglich die Straßen zum Schrecken der Schulkinder. Ja es ist sogar vorgekommen, daß Kinder bei dem Anblick dieses Verwahrlosten in Krämpfe verfallen sind. Es wäre wirklich wünschenswerth, daß Seitens der Kommune endlich Schritte geschähen, den Unglücklichen in einer Irrenanstalt unterzubringen. — Im Laufe der nächsten Woche verläßt der Theaterdirektor Hr. Samst die hiesige Stadt, nachdem derselbe mit seiner Gesellschaft über einen Monat hier verweilt hat. Die Leistungen sämmtlicher Mitglieder der Gesellschaft sind durchaus tüchtig zu nennen, diesem angemessen war der Besuch des Theaters. Wir wünschen Hrn. S. von ganzem Herzen, daß seine Bemühungen in anderen Städten von gleich gutem Erfolge gekrönt werden.

Aus dem Gerichtssaal.

⊙ **Ostrowo,** 23 Januar. In der gestrigen Sitzung, welche der Schluß der am 10. d. M. begonnenen ersten diesjährigen Schwurgerichtsperiode bildete, wurde die Anklage gegen Ludwig Dąbrowski wegen Mordes seiner Ehefrau verhandelt. Der Angeklagte, gegenwärtig 29 Jahre alt, katholisch, ist der älteste Sohn der Wirthschaftsbesitzer Martin und Elisabeth Dąbrowskischen Eheleute zu Bartwin, Kr. Krotoschin. Seine Eltern suchten ihm eine sorgfältige Erziehung zu geben und schickten ihn, nachdem er den ersten Unterricht in der Schule zu Baszkow genossen, aufs Gymnasium nach Lissa, nahmen ihn aber wegen schlechter Fortschritte schon nach zwei Jahren wieder zurück und ließen ihn die Wirthschaft lernen. Im Jahre 1860 wurde er zum 2. Garde-Uhlanen-Regiment ausgehoben und führte sich nach den betreffenden Zeugnissen während seiner Dienstzeit in Berlin gut. Im Herbst 1863 kehrte er in die Heimath zurück, wo sein Vater inzwischen verstorben war und seine Mutter in guten Verhältnissen die Wirthschaft weiter führte. Schon vor seiner Einberufung zur Fahne hatte der Angeklagte in seinem 19. Lebensjahr mit der nur zwei Jahre jüngeren Josepha, Tochter des Lehrers Joseph Cygański in Baszkow ein Verhältniß und auch von Berlin aus mit dieser schriftlich verkehrt; nach seiner Rückkehr nach abgelegter Dienstpflicht nach Bartwin verlobte er sich mit seiner Geliebten öffentlich, und Faßnacht 1865 ließ er sich trotz Sträubens seiner Mutter und Verwandten gegen diese Verbindung mit ihr trauen. Von seiner Seite wohnte Niemand der Hochzeit bei. Am 1. April desselben Jahres, nachdem er sein väterliches Erbantheil in Bartwin verkauft, zog der Angeklagte nach Radłow, Kr. Adelnau, wo er die Krugwirthschaft gepachtet hatte. Dort lebten die jungen Eheleute, obgleich sich von des Ehemanns Seite Niemand um sie bekümmerte, Anfangs ziemlich glücklich, und wurde ihnen eine Tochter geboren. Dąbrowski fing aber dann an sich häufig zu betrinken und mißhandelte erwiesenermaßen im betrunkenen Zustande seine Frau dergestalt, daß sie einige Male flüchten und im Felde sich verbergen mußte. Im Frühjahre 1866 verließen die beiden Eheleute Radłow. Die Frau ging mit dem Kinde zu ihren Eltern nach Baczkow, Dąbrowski ging zu seiner Mutter nach Bartwin, wo er ohne eigentliche Beschäftigung lebte. Mit seiner Ehefrau, welcher seine Mutter die Aufnahme enschieden verweigerte, sah er sich fast täglich, — und auch von Zduny aus, wo er in Folge Mobilmachung einberufen sich einige Zeit befand, besuchte er oft Frau und Kind. Nach der Rückkehr aus dem Feldzuge 1866 wurde eine Vereinigung mit seiner immer noch bei ihren Eltern lebenden und sich von ihrer Händearbeit nährenden Ehefrau nicht ernstlich angebahnt und der eheliche Unfrieden wuchs immer mehr, da Dąbrowski sich zu einer geordneten Beschäftigung durchaus nicht bequemen wollte, sich immer mehr dem Trunke ergab und im trunkenen Zustande einmal sogar seinen Schwiegervater arg mißhandelte, so daß dieser ihm sein Haus und den Verkehr mit seiner Tochter verbot. Als nach einiger Zeit der Angeklagte sich zu bessern versprach und nach Warschau gehen und ein Unterkommen suchen wollte, gestattete man ihm, von seiner Ehefrau Abschied nehmen zu dürfen, wobei diese ihn unter Thränen bat, doch ordentlich und arbeitsam zu werden. Diese Bitten haben leider nicht gefruchtet, denn Dąbrowski bestahl zu Warschau einen Bekannten aus Preußen, der ihn bereitwillig in seiner Wohnung aufgenommen, erheblich an Kleidern und Schmucksachen und kehrte im Septbr. 1867 mit dem Erlös für die gestohlenen Sachen nach Preußen zurück, wo er verhaftet und durch das Kreisgericht zu Krotoschin wegen jenes Diebstahls zu 6 Monaten Gefängniß 2c. verurtheilt wurde. Nach abgebüßter Haft um Neujahr 1869 kehrte er wieder nach Bartwin zurück, und seine Ehefrau zeigte sich, wenn er mit ihr zusammentraf, trotz aller Zwischenfälle, immer noch liebevoll und freundlich gegen ihn, und folgte sogar einer Einladung, auf einige Tage in das Haus seiner Mutter nach Bartwin zu kommen. — Dort erlitt sie aber so gröbliche Beleidigungen, besonders von dem Bruder des Angeklagten, daß sie das Haus verließ und nun ernstlich jeden Verkehr mit Dąbrowski abbrach. Dieser versuchte mehrmals, sie zu sprechen, und zertrümmerte einmal, als sie seinem Verlangen, zu ihm auf den Hof zu kommen, nicht Gehör gab, die Fenster im Schulhause. Durch Zeugen ist erwiesen, daß Dąbrowski damals stets ein langes Messer bei sich geführt, auch mehrfach Rachegedanken gegen seine Frau geäußert und Drohungen ausgestoßen habe. Mitte September 1869 und einige Tage nachdem er die Fenster im Schulhause zertrümmert, klagte er dem Schmiedemeister Kwiatkowski zu Baszkow, daß seine Frau starrsinnig sei und nicht mit ihm leben wolle, und dieser rieth ihm, mit Zeugen zu seinen Schwiegereltern zu gehen und eine ernste Aussöhnung zu versuchen. Dąbrowski fand diesen Rath gut und bat den Krugwirth Pawlicki zu Baszkow, in dessen Lokal sie sich befanden, andern Tags mit ihm zu Cygański zu gehen. Am selben Tage, am 17. September, hatte die Ehefrau Pawlickis, als sie von Krotoschin heimfuhr, den D. unterwegs mit einer Flinte gesehen, und da sie ihn am Abend fragte, wo er diese gelassen, leugnete er, je eine Flinte besessen zu haben. Er nächtigte bei Pawlicki und ging am 18. früh um 8 Uhr mit diesem zu seinen Schwiegereltern. Dort bat er demüthig um Vergebung des Vergangenen und flehte seine Frau und deren Eltern an, mit ihm zu seiner Mutter zu gehen, weil diese sich versöhnen und ihn mit seiner Frau mütterlich in ihrem Hause aufnehmen und ihnen Unterhalt geben wolle. Nach vielem Bitten gab man nach und die Ehefrau des Dąbrowski mit ihren Eltern begaben sich mit diesem und Pawlicki auf den Weg nach Bartwin. Gleich hinter Baszkow biegt ein Feldweg nach Bartwin ein, zur Rechten damals ein Roggenfeld, zur Linken, etwa 170 Schritt hinter dem letzten Gehöft von Baszkow eine mannshohe Dornenhecke. Bis an diese hatte sich der Zug so bewegt, daß die Ehefrau des Dąbrowski auf der rechten Seite des Weges vor ihren Eltern herging, während Dąbrowski einige Schritte vor Pawlicki auf der linken Seite fortging. An der Hecke angekommen, verlor sich Dąbrowski und während Pawlicki und die übrigen in der genannten Ordnung ihren Weg fortsetzten, sprang ersterer mit einem Gewehr in der Hand aus dem Gebüsch hervor. Auf den Ruf ihrer Mutter, welche dies zuerst bemerkt: „Flieh Josepha, er hat eine Flinte", — wendet die Dąbrowska sich unter dem Ausruf: „ach, schenke mir doch das Leben!" sich zur Flucht, der Angeklagte legt an und mit den Worten: „steh, Hundeblut, ich schieße dich vor den Kopf!" drückt er los und seine Frau stürzt todt zusammen. Der Sektionsbericht sagt, daß sich auf dem Rücken der Leiche dicht nebeneinander 15 rundliche Wunden befanden und diesen entsprechend im Innern die Wirbelsäule durchbrochen, das Rückenmark verletzt, mehrere Rippen zertrümmert und ein Lungenflügel zerfetzt waren, wo nach und nach mehrere in der linken Schulter und dem Oberarm vorgefundenen ungleich geformten Bleistücken der Tod der D. durch einen aus großer Nähe abgefeuerten Gewehrschuß mit gemischter Ladung erfolgt sei. Dobrowski hat sich Tags nach verübter That selbst gestellt und gestanden, daß er seine Frau erschossen und sich zu dem Behuf am Tage vorher in Krotoschin eine Flinte nebst Munition gekauft habe. Seine Behauptung, daß er seine Frau nur habe schrecken wollen, ist durch Zeugenaussagen ebenso widerlegt worden, wie die Beschuldigung der Untreue gegen ihn, denn es hat sich unwiderleglich herausgestellt, daß die Vorspiegelung seine Mutter wolle ihn mit seiner Ehefrau aufnehmen, auf Unwahrheit beruhte und er nur die Frau an die Stelle locken wollte, wo er Tags vorher die geladene Flinte verborgen hatte. — Zufolge des Verdikts der Geschwornen wurde der Angeklagte wegen vorsätzlicher und mit Ueberlegung verübter Tödtung seiner Ehefrau zum Tode verurtheilt. Derselbe hörte das Urtheil mit großer Ruhe an.

Staats- und Volkswirthschaft.

△ **Berlin,** 23. Jan. (Der 3. Kongreß norddeutscher Landwirthe.] Für die Verhandlungen des Kongresses sind von Seiten der hiesigen Kommunalbehörden die Festräume des neuen Rathhauses bewilligt worden und werden dieselben von dieser Versammlung voraussichtlich die erste Benutzung erfahren. Das Programm des Kongresses betrifft: Mittheilung des durch den Ausschuß aufgestellten Jahresberichts, Wahl des Präsidenten und Vorlagen des Ausschusses. Diese beziehen sich auf das Genossenschaftswesen, die Interessen-Vertretung, das Kreditwesen, die Münzfrage die Wegebau-Ordnung, die Steuerfrage und das Versicherungswesen. Der letztere Gegenstand wird in drei Abtheilungen zerfallen, die Gesetzgebung bezüglich des Versicherungswesens, die Versicherungsbedingungen und die Hagelversicherung. Den Schluß der Verhandlungen soll die Wahl des Ausschusses für das Geschäftsjahr 1870/71 bilden. Am Tage der Eröffnung des Kongresses, am 13. Februar, versammeln sich die eingetroffenen Mitglieder im „Englischen Hause" zu gegenseitiger Begrüßung.

Königsberg i. Pr., 12. Januar. Ueber die neue Bahnlinie nach Rußland, zu welcher Graf Lehndorff-Steinort in Petersburg die Konzession erwirkt hat, schreibt man der „Westpr. Ztg," Folgendes: Dieselbe wird nicht die Benennung „Lyck-Bialystock", sondern die Bezeichnung „Brzesc-Grajewo" erhalten. Die neue Benennung der Bahn rührt daher, daß einerseits die Strecke nicht blos bis Bialystok, sondern bis Brzesc-Litewsk geführt wird und also mit den Südbahnen Rußlands direkt verbunden wird, daß aber andererseits nach Preußen hin die Bahn von der nun gebildeten russischen Kompagnie bloß bis an das Grenzdorf Grajewo geführt wird, um sich dort an die ostpreußische Südbahn, die man bis zur Grenze verlängern wird, anzuschließen. Die russische Kompagnie ist verpflichtet, in Grajewo ein Zollamt für 420,000 Rubel zu errichten und hat an Kaution 500,000 Rubel zu erlegen. Ferner ist die Bedingung gestellt, daß die Strecke von der Grenze nach Bialystock nicht früher eröffnet werden darf, als jene von Bialystok nach Brzesc.

** **Flatow,** 18. Januar. Wie der „Gr. Ges." aus einer Bekanntmachung des kgl. Eisenbahn-Baumeisters Baumert ersieht, sind die Arbeiten auf der Linie Schneidemühl-Dirschau bis zu unserem Orte so weit gediehen und sollen darüber hinaus der Art beschleunigt werden, daß in nächster Zeit die Aufführung der Hochbauten beginnen kann. Zunächst sollen die Bahnhöfe Krojanke, Flatow und Linde gebaut werden. Die Telegraphenleitung, welche schon vor mehreren Wochen bis hierher geführt worden war, ist nunmehr vollständig eingerichtet und seit gestern für den amtlichen Verkehr eröffnet. Seit diesen Tagen ist auch der Gang der Arbeitszüge, deren täglich zwei von Dirschau und Schulitz Material zu dem Ober- resp. Hochbau herbeibringen, ein geregelter geworden. Um die Durchschüttung durch den Bilsk-See recht bald zu beenden, sind die Arbeitskräfte auf das Dreifache verstärkt; dieses schwierige Werk dürfte dennoch kaum vor dem Monat April seiner Vollendung entgegengehen.

Paris, 23. Jan. (Tel.) Dem Vernehmen nach ist zwischen der französischen und nordamerikanischen Postverwaltung das Abkommen getroffen, daß Briefe nach und von den beiderseitigen Ländern für 2 Cents (amerikanische) befördert werden. Die hamburg-amerikanische Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft wird die Beförderung der Briefe übernehmen.

London, 24. Jan. (Tel.) Der „Times zufolge werden wahrscheinlich in den nächsten Tagen die Zeichnungen auf die 5proz. russische Anleihe im Betrage von 12 Mill. Pfd. St. bei Rothschild in London und Paris eröffnet werden.

Vermischtes.

* **Von Zastrow** wurde am Donnerstag aus dem Gefängnisse vor den Untersuchungsrichter geführt, um einem Zeugen, der in der Cornyschen Mordangelegenheit noch aufgefunden worden ist, vorgestellt zu werden. Man hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben, in dieser dunkeln Angelegenheit Licht zu gewinnen, obgleich seit der That beinahe drei Jahre verflossen sind.

* **Kattowitz,** 21. Jan. Am letzten Montag ereignete sich auf der benachbarten fürstlich Hohenloheschen Karolinen-Grube ein bedauerliches Unglück, indem auf Hugoschacht durch eine Kessel-Explosion 13 Menschen verunglückten; 3 waren sofort todt und 4 sind inzwischen an den erhaltenen Verletzungen gestorben, während für die übrigen ebenfalls wenig Aussicht auf Rettung vorhanden ist. Die Arbeiter befanden sich im Förderthurm, welcher durch eine Thüre mit dem Maschinenraum in Verbindung steht. Letztere wurde im Moment der Explosion durch eine Frauensperson geöffnet und die siedend heißen Dämpfe drangen durch dieselbe auf die Unglücklichen ein. Das Maschinenhaus wurde theilweise zerstört und die daneben vorüberführende Bahn durch die Trümmer auf einige Zeit unfahrbar gemacht. (Schl. Z.)

* **In dem neuen Prachtgebäude** des wiener Musikvereins ist, nachdem vor wenigen Tagen erst seine Einweihung stattgefunden hatte, in der Nacht vom 19. zum 20. Jan. auf noch unermittelte Weise Feuer ausgebrochen, welches einen Theil der kostbaren Dekorirungen, Deckengemälde, Wandverzierungen und Kandelaber zerstört hat. Die Renovirung wird mehrere Monate in Anspruch nehmen.

* **Liverpool,** 24. Jan. (Tel.) In der hiesigen katholischen Kapelle entstand gestern durch Feuerlärm ein Gedränge, wobei 15 Menschen todtgedrückt wurden.

□ **Gegen Petroleum-Explosionen.** Wie gefährlich die Benutzung der Petroleumlampen bei unrichtiger und unaufmerksamer Behandlung derselben werden kann, haben auch in der Neuzeit wieder einzelne, in die Oeffentlichkeit gedrungene Fälle vorgekommener Explodirungen der Glasreservoirs, welche zur Aufbewahrung des Petroleums dienen, zur Genüge dargethan. Es dürfte daher nicht überflüssig sein, wenn wir hier das Urtheil eines Sachverständigen über die Ursache dieser Explosionen und die Mittel zur Verhütung derselben zur Kenntniß des betheiligten Publikums bringen. Vorausgesetzt wird hierbei, daß das zur Benutzung gelangende Petroleum gut gereinigt und besonders nicht mit Ligroine vermischt ist, indem letzterenfalls ein Explodiren des Petroleums im Reservoir auch aus andern, als den hier unten angegebenen Gründen erfolgen kann. Das Docht, sei es bei Rund- oder Flachbrennern, zieht mehr Petroleum an sich, als die durch die Messingwölbung oder durch den Zylinder zusammengedrückte Flamme konsumiren kann und der Ueberschuß desselben läuft an der Tille herunter in ein kleines, mit nadelknopfgroßen Löchern über dem Glasbehälter befindliches Behältniß, aus welchem es in dieses zurücksickert. Diese siebartige Vorrichtung, welche beim Abschrauben des obersten Theiles der Lampe zu Tage tritt, ist deshalb angebracht, um zu verhüten, daß die verkohlten Theile des Dochtes, welche sich beim Brennen ablösen und herunterfallen, nicht in das Reservoir gelangen und dort den Brennstoff verunreinigen können, sie sammeln sich vielmehr in dem oben gedachten Behältniß an und müssen zur Verhütung von Explosionen aus diesem mindestens wöchentlich entfernt werden, denn wenn dies nicht geschieht, so bildet sich aus denselben auf dem Grunde des Behältnisses eine kompakte, mit Petroleum geschwängerte Masse, durch welche die kleinen Oeffnungen sich verstopfen und wodurch das Zurückfließen des Petroleums in das Reservoir verhindert wird. Das sich in dem kleinen, den Flammen sehr nahe liegenden Raume aufsammelnde Erdöl erwärmt sich nach und nach bis zur Entzündung, vernichtet durch dieselbe die oben gedachte verkohlte Masse, macht so die kleinen Oeffnungen wieder frei und theilt sich brennend den im Glasreservoir befindlichen Petroleum mit, welches dadurch ebenfalls entzündet wird und wegen Luftmangels explodirt. Wer sich also vor Nachtheil und Unglück beim Gebrauche der Petroleumlampen schützen will, befleißige sich vor Allem der größten Reinlichkeit und unterlasse nie, das kleine, über dem Glasreservoir befindliche messingene Behältniß von verkohltem Dochte und angesammeltem Leuchtstoffe stets rechtzeitig zu befreien.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Terminkalender für Konkurse und Subhastationen

in der Woche vom 31. Januar bis einschließlich 6. Februar 1870.

A. Konkurse.

I. Eröffnet: Bei dem Kreisger. in Schrimm am 12 Jan. 1870, Nachm. 4 Uhr, der kaufm. Konk. über das Vermögen des Handelsmanns Markus Hopp daselbst; Tag der Zahlungseinstellung: 10. Januar 1870; einstweil. Verwalter: Kanzleidirigent Wiebmer.

II. Beendet: Bei dem Kreisger. in Posen der Konkurs des Kfm. K. Zupanski durch Akkord.

III. Termine und Fristabläufe. Am 31. Januar. 1) Bei dem Kreisgericht in Schrimm in dem Konk. des Handelsm. Markus Hopp daselbst, Ablauf der Zahlungs- und Ablieferungsfrist. 2) Bei dem Kreisg. in Bromberg in dem Konk. der Kfl. Gebr. Kluge daselbst, desgl.

Am 3. Februar. Bei dem Kreisg. in Inowraclaw, Vorm. 10 Uhr in dem Konk. des Kfm. Moritz Philippsohn in Strzelno, Prüfungstermin.

Am 4. Febr. Bei dem Kreisgericht in Gnesen in dem Konk. des Kaufm. Joseph Rothmann daselbst, Ablauf der Zahlungs- und Ablieferungs-, sowie der Anmeldungsfrist für Forderungen.

Am 5. Febr. 1) Bei dem Kreisgericht in Posen, Vorm. 11 Uhr, in dem Konk. des Kaufm. C. L. Arndt daselbst, Prüfungstermin. 2) Bei dem Kreisger. in Bromberg, Vorm. 10 Uhr, in dem Konk. der Kaufl. Gebr. Kluge daselbst, desgl.

B. Subhastationen.

Der Termin steht an: am	bei dem Gericht	Des zu subhastirenden Grundstücks Besitzer.	Lage und Nr.	Taxe nach d. Halt. Subh.-B. (Thaler)	Grundsteuer-Reinertrag (Thaler)	Gebäudest.-Nutz.-Werth. (Thaler)
31.	Kosten	Wisniewicz	Wielichowo 5	—	—	25
	Krotoschin	Boruch	Korytnica 10	—	27	15
	do.	Patalas	Raciborowo 9	—	42	15
	Meseritz	Schiller	Glashütte 10 (Antheil)	—	2	—
	Ostrowo	Matuszkiewicz	Lezjona 233	—	8	15
	Rogasen	Kerber	Mur.-Goslin 5	—	3	78
	Chodziesen	Jackowski	Chodziesen 39	—	5	50
	Lobsens	Bernstein	Groß-Dreydorff 20	—	—	21
1.	Grätz	Buda	Konkolewo 3	1215	—	—
	Kempen	Plonka	Kuznica stara 16	—	8	8
	Krotoschin	Mikolayczyk	Benice 5	—	74	15
	Wollstein	Lange	Rakwitz 99	—	1	—
	Bromberg	Tetzlaff	Kolonie Prondy 22	—	6	38
	do.	do.	Miedzyn 28	—	2	—
	Schönlanke	Graminski	Iwenbusch 2	—	3	12
2.	Lissa	v. Carnap-Bornheim	Gut Priebisch	—	1647	161
	do.	do.	Rittergut Gärthe	—	708	46
3.	do.	do.	Rittergut Laube	—	6226	320
	Posen	Nowicki	Tomice 12	—	36	25
	do.	Kaczmarek	Lodz 16	—	1	6
	Kempen	Siwek	Kuznica myslniewska 23	—	10	8
	Krotoschin	Nyklewicz	Krotoschin, Kalischerstraße 10	—	—	39
	do.	Biedermann	Gorzupia 74	—	13	—
	Ostrowo	Teichmann	Ostrowo 112	—	9	—
	do.	do.	do. 180	—	1	130
	do.	do.	Zembcow 36	—	14	—
	do.	Bieganski	Jaskolki 18	—	30	25
	Rogasen	Lesnik	Tarnowko 95	—	6	23
	Samter	Kroll	Gogolice 4	—	3	12
4.	Kempen	Pick	Trzinica 54	—	20	20
	Gnesen	v. Gozimirski	Piaski 4	—	19	—
5.	Grätz	Morkowski	Buk 234	—	210	30
	Krotoschin	Brodzinski	Ligotta 86	—	20	15
	do.	Gruszczynski	do. 87	—	20	8

Angekommene Fremde vom 25. Januar.

OEHMIGS HOTEL DE FRANCE. Pferdehändler Jacobowski a. Bromberg, Propst Hojnowicz a. Gostyn, Rittergutsbes. Opolski a. Polen, Priv. Stanislawski a. Gostyn, Kaufm. Lachmann a. Sonderhausen.

HOTEL DE BERLIN. Hoflieferant Müller a. Berlin, die Fabrikanten Eick a. Berlin u. Wolf a. Prag, die Kaufl. Meyer a. Leipzig, Wilke aus Hamburg, Irkner a. Berlin.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. K. Oberförster Störig a. Zielonka, Ingenieur Ganghefer a. Landsberg a. W.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Hauptm. Kretschmar a. Riesenburg, Maurermstr. Bayer a. Bentschen, Frau Dr. Michelsohn a. Filehne, Fabrikbesitzer Buschmann a. Geldern, die Kaufl. Freudenberg a. Erfurt, Poplawski, Sachs, Herrmann u. Salamonski a. Berlin, Häusler a. Mainz.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbes. v. Nathusius a. Ludom, Bardt a. Pawlowice, d. Kfl. Schindke m. Fam. a. Klopschen, Kornik u. Laufer a. Berlin, Schöfer a. Offenbach, Webendörfer a. Sigmar, Türck a. Königsberg, Dückmann, Siefert u. Hartsch a. Stettin, Berg a. Lüdenheidt, Uhlig a. Auerbach im Voigtlande, Kasch a. Hamburg, Neck a. Pforzheim, Wolter a. Barmen.

Grätz, 23. Januar. In der Mittheilung aus Grätz vom 19. c. in Nr. 17. der „Posener Zeitung" werde ich (Unterzeichneter) hinsichts eines Schwindels kompromittirt, weshalb ich zur Zeit die kühne Behauptungen in der Oeffentlichkeit zu begegnen schuldig bin. Ohne mein Zuthun erhielt ich aus einer Kunsthandlung in Köln Bilder und zwar: das zum ökumenischen Konzil erschienene zur Salon- und Zimmerzierde geeignete künstlerisch-schöne „Konzil-Gedenkblatt" in Farbendruck vervielfältigt und Pendant des 50jährigen Priesterjubiläums St. Pius IX. zum Preise von à 1 Thlr. 10 Sgr. in Kommission. Streng meinen Pflichten eingedenk habe ich mich niemals unterfangen meinen Kolporteuren zu beauftragen, daß der Erlös der Bilder als Peterspfennige an den Papst zurückgeschickt werden soll, zumal da Inhalts der Subskriptionsliste den Subskribenten die Sachlage vollständig klar gemacht ist, daß die Zahlung für das Bild und bei Empfangnahme desselben geschieht. Einen Leumund, wie der Berichterstatter im qu. Inserate gemacht, kann von den Kolporteuren gegenüber den Subskribenten weder vermuthet, noch geschehen worden sein; umsomehr schon nicht, als außer den Administrator Herr Furmanowicz hierorts noch mehrere andere Herrn Geistlichen auf qu. Bilder subskribirt haben, die immer nur gegen franco Zustellung eines Bildes 1 Thlr. 10 Sgr. gezahlt haben. Da übrigens qu. Bilder bei den Herrn Geistlichen, so wie jeden Subskribenten religiös geschichtlich gehalten werden, so ist es nicht anzunehmen, daß Herr Furmanowicz von der Kanzel herab, vor dem Schwindel des Bildes gewarnt haben könne.

Kreutz.

Reise nach Rom. Herr **Emil Kabath,** Inhaber des L. Stangen'schen Annonzenbureau in Breslau (Karlsstr. 28), welcher durch seine Extrafahrten nach Hamburg, Helgoland, und im vorigen Jahre nach Kopenhagen bekannt geworden, veranstaltet auf mehrfaches Verlangen in diesem Jahre, und zwar zum 2. April c., eine Gesellschaftsreise nach Rom. Die Reisenden langen Sonntag den 3. in Wien an, bleiben bis Montag, wo sie bis Triest fahren und nach 1tägiger Ruhe ihre Reise über Venedig, Padua, Florenz nach Rom fortsetzen; natürlich wird an den Hauptpunkten immer geruht, so daß die Gesellschaft am 9. April früh, spätestens Abends, in Rom eintrifft und den Palmsonntag schon dort zubringt. Die Rückreise kann innerhalb sechs Wochen beliebig angetreten und auch unterbrochen werden. Wie wir hören, kostet die Reise 80, 70 und 60 Thaler. Zahlreiche Anmeldungen sind bereits eingelaufen und da die Theinehmerzahl auf 50 beschränkt ist, möge Jeder, welcher Lust hat die Reise mitzumachen, mit der Anmeldung nicht säumen.

In letzter Zeit sind in den Straßen hiesiger Stadt wiederholt empörende Fälle von Thierquälerei vorgekommen. So energisch dagegen eingeschritten wird, ist doch nicht zu ermöglichen, daß solche Rohheiten immer von Polizei-Beamten wahrgenommen werden. Ich richte deshalb an das Publikum die dringende Bitte, in allen Fällen öffentlicher Thierquälerei, die etwa von Polizeibeamten nicht bemerkt werden, schleunigst solche herbeizuholen oder wenigstens der hiesigen Polizeidirektion von dem Thatbestande Kenntniß zu geben.

Posen, den 25. Januar 1870.

Staudy.

Königlicher Polizei-Direktor.

Bekanntmachung.

In dem Kaufmann **Joseph Rothmann**-schen Konkurse ist der Kaufmann **Adolph Werner** hierselbst als definitiver Verwalter bestätigt worden.

Gnesen, den 17. Januar 1870.

Königliches Kreisgericht.

Der Kommissar des Konkurses.

Bekanntmachung.

Die Herstellung und Unterhaltung der Steinhämmer für die Provinzial-Chausseen des Schrimmer Baubezirks soll im Wege der Minuslizitation vergeben werden und habe zu diesem Behufe Termin anberaumt und zwar:

a. am Dienstag den 15 Februar Morgens 7½ Uhr im Chausseehause Szoldry für die Schrimm-Czempiner Provinzial-Chaussee;
b. am Dienstag den 15. Februar Morgens 8½ Uhr im Chausseehause Psarskie für die Schrimm-Czempiner Provinzial-Chaussee;
c. am Dienstag den 15. Februar Nachmittags 1 Uhr im Chausseehause Woitostwo für den 3. Aufsichts-Distrikt der Posen-Boreker Provinzial-Chaussee;
d. am Dienstag den 15. Februar Nachmitt. 2 Uhr im Posthause zu Dolzig für den 3. Aufsichts-Distrikt der Posen-Boreker Provinzial-Chaussee;
e. am Dienstag den 15. Febr. Nachm. 3 Uhr im Chausseehause Ziomek für den 4. Distrikt der Posen-Boreker Provinzialchaussee;
f. am Mittwoch den 16. Febr. Vorm. 9 Uhr im Chausseehause Czmon-Hauland für den 2. Distrikt der Posen-Boreker Provinzial-Chaussee;
g. am Mittwoch den 16. Febr. Nachm. 1 Uhr im Chausseehause Woitostwo für den 1. Distrikt der Schrimm-Xionser Provinzial-Chaussee;
h. am Mittwoch den 16. Febr. Nachm. 2 Uhr im Chausseehause Jaroslawski für den 1. Distrikt der Schrimm-Neustädter Provinzial-Chaussee;
i. am Mittwoch den 16. Februar Nach. 3½ Uhr im Chausseehause Roguszyn für den 2. Distrikt der Schrimm-Neustädter Provinzial-Chaussee.

Den erschienenen Bietungslustigen werden die Bedingungen im Termine bekannt gemacht werden.

Der Wasser-Bau-Inspektor.

Schuster.

Bekanntmachung.

Die in unserem Firmen-Register unter Nr. 109 eingetragene Firma **„K. Sakiewicz"** — Inhaber **Kasimir Sakiewicz** in Kosten — ist erloschen und zufolge Verfügung vom 18. d. M. gelöscht worden.

Kosten, am 19. Januar 1870.

Königliches Kreis-Gericht.

I. Abtheilung.

Kolbenach.

Am **Montag den 31. Januar c.,** von Vormittags 10 Uhr, wird im Forsthause zu **Neugedank** gegen gleich baare Zahlung kiefern Bau-, eingeschlagenes Böttcher-, Kloben-, Ast- und Stock-Holz versteigert werden.

Die Abfahrt zur Warthe ist sehr bequem.

Die Forst-Verwaltung.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung meiner jüngsten Tochter **Adele** mit dem Kaufmann Herrn **August Köbner** aus Breslau beehre ich mich Verwandten und Freunden ergebenst anzuzeigen.

Wwe. Cäcilie Jaffé.

Adele Jaffé,
August Köbner,
Verlobte.

Posen. **Breslau.**

Allen Freunden und Bekannten, welche meinem am Sonntag den 24. d. M. beerdigten Manne das letzte Geleit gegeben haben, den tiefgefühltesten Dank.

Die trauernde Wittwe **Charpeur.**

Todes-Anzeige.

Nach achttägigem Krankenlager verschied am Montag, Abends ½10 Uhr, unser innigstgeliebter Gatte, Vater und Schwiegervater **Gustav Westphal.** Die Beerdigung findet Donnerstag, Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Wasserstraße Nr. 4, statt. Dies zeigen allen Freunden und Bekannten tiefbetrübt an

Posen, den 25. Januar 1870.

die Hinterbliebenen.

Den heute früh 4¾ Uhr nach längeren Leiden erfolgten sanften Tod meines innig geliebten Mannes, des königl. preuß. Hauptmanns a. D.

Hugo Petrick von Linnenfeld,

zeige ich hiermit, um stilles Beileid bittend, tiefbetrübt an.

Glogau, den 23. Januar 1870.

Clara Petrick von Linnenfeld
geb. **Mudra.**

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Geburten. Ein Sohn dem Hrn. F. Wienstruck, dem Hrn. W. Dreisbach und dem Notar Anton Reinhardt in Berlin, dem Kreisrichter Frhrn. v. Kittlitz in Leobschütz, dem Rittmeister Gebhard v. Krosigk in Potsdam; eine Tochter dem Hrn. Albert Kündiger in Berlin, dem Hrn. G. v. d. Schulenburg in Priemern.

Todesfälle. Verw. Frau Bröge, geb. Ammelang, Kupferstecher Wilhelm Ferdinand Jäck und Hrn. H. Triebler Tochter Klärchen in Berlin, pens. Feldwebel Gottfr. Weger in Charlottenburg, Prem.-Lieutenant Arthur v. Fabritius-Tengnagel in Nizza, Kaufmann Hirsch Asch in Arnswalde, Frl. Charlotte Krahmer in Amt Egeln, Frau Sophie Stegmann geb. Möller in Potsdam, Frl. Louise Vollard in Dobrilugk, Kammerherr Chr. v. Lützow in Schwerin.

Stadt-Theater in Posen.

Dienstag den 25. Januar. **Maurer und Schlosser.** Komische Oper in 3 Akten von R. A. Ritter. Musik von Auber. **Vorher: Die schöne Galathee.** Operette in 1 Akt von Poly Henrion. Musik von Suppé. — Wegen Heiserkeit des Herrn **Cabisius** kann das zum Dienstag festgesetzte Benefiz für Herrn **Arnurius** nicht stattfinden.

Mittwoch den 26. Januar. Zum ersten Male: **Zwei Durchgänger oder Ein vergnügter Tag.** Posse mit Gesang in 3 Akten von Salingré; Musik von Bial.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 25. Januar 1870. **(Wolff's telegr. Bureau.)**

	Not. v. 24	v. 22.
Roggen, matt.		
lauf. Monat 43¼	43⅜	43⅝
Jan.-Febr. 43⅛	43¼	43½
Frühjahr 43	43¼	43⅝
Mai-Juni 43½	43¾	44½
Kanall.: nicht gem.		
Rüböl, matt.		
lauf. Monat 12⅚	12¾	12⅚
Frühjahr 12⅚	12¾	12¾
Spiritus, fest.		
lauf. Monat $14\frac{11}{24}$	14⅜	14½
Jan.-Febr. $14\frac{11}{24}$	14⅜	14½
Frühjahr $14\frac{11}{12}$	14⅚	14⅞
Kanalliste: nicht gemeldet.		

		Not. v. 24	v. 22.
Fondsbörse: fest, aber still.			
Mk.-Pos. St.-Akt.	55½	55½	54½
Franzosen	210¼	213	215
Lombarden	134	136	136
Pr. St.-Schuldsch.	78¼	78½	78
Neue Pos. Pfandbr.	81⅝	81⅛	81⅛
Pos. Rentenbriefe	83	83⅛	83⅛
Russ. Banknoten	75⅛	75⅜	75¼
Poln. Liq.-Pfdbr.	57⅛	57¼	57¼
1860 Loose	80⅜	80½	80⅜
Italiener	55½	55½	55¼
Amerikaner	92¼	92½	92½
Türken	43¼	43⅜	43⅝
Rumänier	71¾	71¾	71¾

Stettin, den 25. Januar 1870. **(Marcuse & Maass.)**

		Not. v. 24
Weizen, unverändert.		
Januar	60½	60½
Frühjahr	61½	61½
Mai-Juni	62½	62½
Roggen, matt.		
Januar	42½	43
Frühjahr	42¾	43
Mai-Juni	43¾	44

		Not. v. 24
Spiritus, matter.		
Januar	14⅛	14⅛
Frühjahr	$14\frac{7}{12}$	14⅝
Mai-Juni	14⅞	$14\frac{11}{12}$
Rüböl, still.		
April-Mai	12⅚	12⅚
Sept.-Okt.	11⅞	12

Börse zu Posen

am 25 Januar 1870.

Fonds. Posener 3½ % alte Pfandbriefe —, do. 4% neue do. 81½ bz., do. Rentenbriefe 82¾ Gd., poln. Banknoten 75⅛ Gd.

[Amtlicher Bericht.] **Roggen** [p. 25 pr. Scheffel = 2000 Pfd.] gek. 25 Wispel. pr. Jan. und pr. Jan.-Febr. 39⅝, Febr.-März 39¾, März-April 40, Frühjahr $40\frac{1}{12}$, April-Mai 40⅛.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) gekündigt 6000 Quart. pr. Jan. 13½, Febr. $13\frac{7}{12}$, März 13¾, April $13\frac{11}{12}$, Mai 14⅙, Juni $14\frac{11}{24}$. In der gestrigen Notiz für Loko-Spiritus (ohne Faß) muß es statt $13\frac{11}{12}$ heißen $13\frac{11}{24}$.

[Privatbericht.] **Wetter:** hell und kalt. **Roggen:** flau. Gek. 25 Wispel. pr. Jan. 39⅝ bz. u. Br., Jan.-Febr. do., Febr.-März —, Frühjahr 40⅛—40 bz. u. Gd., April-Mai 40¼—⅛—40¼ bz. u. Gd., Mai-Juni 40¾ Gd., 40⅞ Br., Juni-Juli 41⅝—¾ bz., Br. u. Gd.

Spiritus: matt. Gekündigt 6000 Quart. pr. Jan. 13½ bz. u. Br., Febr. $13\frac{7}{12}$ bz. u. Gd., März 13¾ Gd., April $13\frac{11}{12}$ Gd., 14 Br., April-Mai $14\frac{1}{12}$ Br., Mai $14\frac{5}{12}$ bz. u. Gd., Juni 14½ Br., Juli 14¾ Gd., August $14\frac{11}{12}$ bz. u. Gd., 15 Br. Loko ohne Faß $13\frac{5}{12}$ bz.

Berlin, 24. Januar. [Viehbericht.] Auf heutigem Viehmarkt waren zum Verkauf an Schlachtvieh angetrieben: 1436 Stück Rinder. Export sehr schwach, Lokalkonsum leblos. Prima erzielte pro 100 Pfd. Fleischgewicht 17 Thlr., Sekunda 14 a 15 Thlr., Tertia 9 a 12 Thlr. — 3901 Stück Schweine (hierunter 1000 Stück Bachuner). Es fand kein Exporthandel statt und der Markt verflaute zum Schluß sehr. Beste fette Kernwaare erzielte höchstens 17 Thlr. pro 100 Pfd. Fleischgewicht. Es blieben mehrere Bestände am Markte. — 5101 Stück Schafvieh. Die Nachfrage beschränkte sich lediglich auf den Lokalkonsum und Käufer waren daher sehr wählerisch. Schwere fette Waare fand Käufer zu höheren Preisen, wogegen Mittelwaare selbst bei gedrückten Preisen schwer verkäuflich blieb. — 840 Stück Kälber, die in ruhigem Verkehr zu mittelmäßigen Preisen verkauft wurden.

Produkten-Börse.

Berlin, 24. Jan. **Wind:** NW. **Barometer:** 28⁴. **Thermometer:** 1°—. **Witterung:** bewölkt. — Roggen hat heute ferneren mäßigen Rückschritt im Werthe erfahren. Durch Konzessionen im Preise ist der Handel aber ziemlich rege geworden. Effektive Waare ist reichlich offerirt. Die polnischen Zusendungen treffen jetzt besser konditionirt ein, als zur Zeit der anhaltenden Nässe. Gekündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 43⅝ Rt. — Roggenmehl etwas niedriger. — Weizen ein wenig billiger. Stimmung matt. — Hafer loko reichlich am Markt und kaum behauptet. Termine lustlos — Rüböl nicht schlechter im Werthe. Umsatz mäßig, weil Käufer zurückhaltend Gekündigt 300 Ctr. Kündigungspreis $12\frac{19}{24}$ Rt. — Spiritus besonders loko billiger. Termine matt, aber nur unerheblich im Werthe gedrückt. Gekündigt 40,000 Quart. Kündigungspreis $14\frac{1}{12}$ Rt. — Weizen loko pr. 2010 Pfd. 50—65 Rt. nach Qualität, pr. 2000 Pfd. per diesen Monat —, April-Mai 58 bz. u. Br., 57¾ Gd., Mai-Juni 59 bz., Br. u. Gd., Juni-Juli 60¾ bz., 60½ Br. — Roggen loko pr. 2000 Pfd. 42½—44¾ Rt. bz., per diesen Monat 43⅜ a 43¼ bz., April-Mai 43⅜ a 43½ bz., Mai-Juni 44 a 43⅞ bz., Juli-August 44¾ a 4⅝ bz. — Gerste loko pr. 1750 Pfd. 34—45 Rt. nach Qual. — Hafer loko pr. 1200 Pfd. 22—27 Rt. nach Qualität, 23½ a 25½ bz., per diesen Monat —, April-Mai 25 bz. u. Br., 24¾ Gd., Mai-Juni 25⅜ Br., Juni-Juli 26 bz. — Erbsen pr. 2250 Pfd. Kochwaare 51—56 Rt. nach Qual., Futterwaare 42—46 Rt. nach Qualität. — Leinöl loko 11½

Rt. — **Rüböl** loko pr. 100 Pfd. ohne Faß 12⅞ Rt. Br., flüssiges 13 Rt., per diesen Monat 12⅞ Rt. bz., Jan.-Febr. do., Febr.-März 12⅞ Rt., April-Mai 12¹⁹⁄₂₄ a ⅞ bz., Mai-Juni 12⅞ Br., Juni-Juli 12½ bz., Sept.-Okt. 11⅞ bz. — **Petroleum** raffin. (Standard white) pr. Ctr. mit Faß: loko 8½ Rt., per diesen Monat 8½ Rt., Jan.-Febr. 8 1/12 bz., Febr.-März 7 11/12 Br., April-Mai 7½ Gd. — **Spiritus** pr. 8000 % loko ohne Faß 14½ Rt. bz., loko mit Faß —, per diesen Monat 14 5/12 a ⅜ Rt. bz. u. Gd., 14 5/12 Br., Jan.-Febr. do., Febr.-März 14½ bz. u. Br., 14 5/12 Gd., April-Mai 14⅞ a ⅝ bz., Br. u. Gd., Mai-Juni 15 bz. u. Br., 14 11/12 Gd., Juni-Juli 15 7/24 a ¼ bz. u. Gd., ⅜ Br., Juli-August 15 7/12 a 13/24 bz., 1/12 Br., ½ Gd., Aug.-Sept. 15⅞ a 19/24 bz. — **Mehl.** Weizenmehl Nr. 0 4—3⅝ Rt., Nr. 0 u. 1 3⅞—3½ Rt., Roggenmehl Nr 0 3½—3 Rt., Nr. 0 u. 1 3—2⅞ Rt. pr. Ctr. unversteuert exkl. Sack. — **Roggenmehl** Nr. 0 u. 1 pr. Ctr. unversteuert inkl. Sack; per diesen Monat 3 Rt. 4⅞ Sgr. Br, Jan.-Febr. 3 Rt. 4 Sgr. bz., April-Mai 3 Rt. 3½ Sgr. bz., Mai-Juni 3 Rt. 4½ Sgr. Br. (B. H. Z.)

Stettin, 24. Jan. **An der Börse.** (Amtlicher Bericht.) Wetter: trübe. — 1° R. Barometer: 28. 5. Wind: NW. — **Weizen** flau, p. 2125 Pfd. loko gelber inländ. geringer 53—56½ Rt., mittel 57—58½ Rt., feiner 59½—61½ Rt, bunter poln. 56—60 Rt, 83/85pfd. gelber pr. Jan. 61½ Br., pr. Frühjahr 61⅞, ½ bz., Mai-Juni 62½ Br. u. Gd, Juni-Juli 63½ Br. — **Roggen** matt, p. 2000 Pfd. loko 75/76pfd. 40 Rt., 77/78pfd. 41—42 Rt., 79/80pfd. 42½ Rt., 82/83pfd. 43½—44 Rt, pr. Januar 43 Br. u. Gd., Frühjahr 43½, ½, 43 bz., Mai-Juni 44 bz u. Br., Juni-Juli 45 Br. — In **Sommergetreide** wenig Geschäft, Preise unverändert. — **Erbsen** p. 2250 Pfd. loko Futter- 45⅞ Rt. Br., 45½ Gd. — **Rüböl** wenig verändert, loko 12⅞ Rt. Br., ⅝ Gd., pr. Jan. do., Febr.-März do., April-Mai 12⅞, ⅝ bz., Juli-August 12 11/12 bz., Sept.-Okt. 11 11/12 bz. u. Br., ⅚ Gd. — **Spiritus** matter, loko ohne Faß 14½ Rt. bz., pr. Jan.-Febr. 14½ Br., Frühjahr 14⅞ Br., ⅝ bz., Mai-Juni 14 11/12 Br., Juni-Juli 15⅙, ⅙ bz., Juli-August 15½ Gd. — Angemeldet: nichts. — Regulirungspreise: **Weizen** 61½ Rt., **Roggen** 43 Rt., **Rüböl** 12⅝ Rt., **Spiritus** 14½ Rt. — **Petroleum** loko 8 1/12 Rt. bz. u. Br., pr. Febr. in einem Falle 8 bz., 7 11/12 Br., Sept.-Okt 7⅞ bz, 7⅞ Br. (Ostſ.-Z.)

Breslau, den 24. Januar.

Preise der Cerealien. (Festsetzungen der polizeilichen Kommission.)

	feine	mittle	ord. Waare.	
Weizen, weißer	75—78	72	63—66	Sgr. (pr. Scheffel.)
do. gelber	70—72	68	58—64	"
Roggen	52—53	51	48—50	"
Gerste	45—48	43	40—42	"
Hafer	29—31	28	24—26	"
Erbsen	56—60	53	46—50	"

Notirungen der Kommission der Handelskammer zur Feststellung der Marktpreise für Raps und Rübsen.

Raps	252	242	232	Sgr.
Winterrübsen	234	224	216	"
Sommerrübsen	216	206	196	"
Dotter	186	176	166	"

(Brsl. Hdls.-Bl.)

Breslau, 24. Jan. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] **Kleesaat,** rothe unverändert, ordinär 11—12½, mittel 13—14½, fein 15—16, hochfein 16½—17. **Kleesaat** weiße fest, ordinär 14—17, mittel 18½—21, fein 23—25, hochfein 26—27. — **Roggen** (p. 2000 Pfd.) still, pr. Jan. 41½ Br., Jan.-Febr. 41½ Br., März-April 41½ Br., April-Mai 41⅞ Br., Mai-Juni 42⅞ Br., Juni-Juli 43½ bz. u. Br. — **Weizen** pr. Jan. 56 Br. — **Gerste** pr. Jan. 52 Br. — **Hafer** pr. Jan. 40½ Br., Frühjahr 41 Gd. — **Raps** pr. Jan. 116½ Br. — **Rüböl** ruhiger, loko 12⅞ bz., pr. Jan. 12 7/12—⅝ bz. u. Br., Jan.-Febr. u. Febr.-März 12⅞ Br., April-Mai 12⅞ Br., Sept.-Okt. 11 5/12 bz. — **Rapskuchen** wenig Frage, pr. Ctr. 66—70 Sgr. — **Leinkuchen** pr. Ctr. 84—88 Sgr. — **Spiritus** wenig verändert, loko 13⅞ Br., 13½ Gd., pr. Jan. u. Jan.-Febr. 13⅞ Gd., April-Mai 14⅞—½ bz., Juli-August 15½ bz. u. Gd. — **Zink** loko auf 6 Thlr. gehalten.

Die Börsen-Kommission.

Bromberg, 24. Januar. Wind: West. Witterung: trübe. Morgens 1° —. Mittags 0°. **Weizen** 116—122pfd. 48—50 Thlr., 123—127pfd. 52—55 Thlr. p. 2125 Pfd. — **Roggen** 37—38 Thlr. pr. 2000 Pfd. Zollgewicht. — **Gerste** 34—36 Thlr. pr. 1875 Pfd. — **Erbsen** 37—39 Thlr. — **Spiritus** 14 Thlr. (Bromb. Ztg.)

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 24 Januar, Nachmitt. 1 Uhr. Frostwetter. **Weizen** höher, hiesiger loco 6, 5—6, 10, fremder loco 6, pr. März 5, 26, pr. Mai 6, pr. Juni 6, 1½, pr. Juli 6, 3½. **Roggen** fest, loko 5, pr. März 4, 26, pr. Mai 4, 26. **Rüböl** höher, loko 13 3/10, pr. Mai 13 8/10, pr. Oktober 12 8/10. **Leinöl** loko 11 4/10. **Spiritus** loko 19.

Bremen, 24. Januar. **Petroleum,** Standard white, loko 7½ Br., pr. Februar 7 Br.

Hamburg, 24. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Fest. **Getreidemarkt.** Weizen loko geschäftslos, Roggen ruhig, beide auf Termine matt. **Weizen** pr. Jan. 5400 Pfd. netto 106 Bankothaler Br., 105 Gd., pr. Jan.-Febr. 106 Br., 105 Gd., pr. April-Mai 109 Br., 108½ Gd. **Roggen** pr. Jan. 5000 Pfd. Brutto 75 Br., 74 Gd., pr. Jan.-Febr. 75 Br., 74 Gd., pr. April-Mai 77 Br., 76½ Gd. **Hafer** ruhig. **Gerste** flau. **Rüböl** fest, loko 26, pr. Mai 25⅞, pr. Okt. 24⅞. **Spiritus** ruhig, loko 20, pr. Jan. 20, pr. April-Mai 20½. **Kaffee** sehr fest. **Zink** unverändert. **Petroleum** still, Standard white, loko 15⅞ Br., 15⅝ Gd., pr. Jan. 15⅝ Gd., pr. Januar-April 15½ Gd. — Kaltes Wetter.

London, 24. Januar. **Getreidemarkt** (Anfangsbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: **Weizen** 18,183, **Gerste** 9037, **Hafer** 55,280 Quarters.

London, 24. Januar. **Getreidemarkt** (Schlußbericht.) Weizen bei kleiner Zufuhr sehr ruhig. Preise nominell und gegen vergangenen Montag unverändert. Gerste stetig bei schleppendem Geschäft. In Hafer beschränktes Geschäft, seit Montag ungefähr 6 d. höher. Mehlabzug schleppend bei eher niedrigeren Preisen. — Naßkaltes Wetter.

Liverpool, 24. Januar, Mittags. (Von **Springmann & Co.**) Baumwolle: 15,000 Ballen Umsatz. Steigend. Middling Orleans 12, middling Amerikanische 11⅞, fair Dhollerah 9⅞, middling fair Dhollerah 9½, good middling Dhollerah 9, fair Bengal 8⅞. New fair Domra 10⅞, Domra März-April-Verschiffung 9⅞, Orleans schwimmend 11¹⁵⁄₁₆.

Paris, 24. Januar, Nachmitt. **Rüböl,** pr. Januar 101, 25, pr. März, April 102, 00, pr. Mai-August 99, 50. **Mehl** pr. Januar 54, 75, pr März-April 55, 25, pr. Mai-Juni 56, 75. **Spiritus** pr. Januar 55, 50. — Schneewetter.

Amsterdam, 24. Januar, Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. **Getreidemarkt** (Schlußbericht.) **Weizen** still. **Roggen** loko unverändert, pr. März 175, pr. Mai 177. **Raps** pr. Herbst 71. **Rüböl** pr. Mai 41, pr. Herbst 38⅞.

Antwerpen, 24. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 Min. **Getreidemarkt.** Weizen und Roggen unverändert. **Petroleum-Markt.** (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loko 59½, pr. Februar 59, pr. März 58. Flau, stark angeboten.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 233' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
24. Januar	Nachm. 2	28" 0''' 50	— 0°3	NW 1-2	bedeckt. St.
24. "	Abnds. 10	27" 10''' 23	— 1°4	NW 2	bedeckt. Ni.
25. "	Morgs. 6	27" 10''' 95	— 5°0	NO 2	heiter. St.¹)

¹) Schneemenge: 5,7 Pariser Kubikzoll auf den Quadratfuß.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 24. Januar 1870, Vormittags 8 Uhr, 3 Fuß 2 Zoll.
" " 25. " " " " 3 " 1 "

Preis-Courant
der Mühlen-Administration zu Bromberg
vom 15. Januar 1870.

Benennung der Fabrikate.	Unversteuert, pr. 100 Pfd. Thlr.	Sgr.	Pf.	Versteuert, pr. 100 Pfd. Thlr.	Sgr.	Pf.
Weizen-Mehl Nr. 1.	4	10	—	5	12	—
" " " 2.	4	—	—	5	2	—
" " " 3.	3	—	—	—	—	—
Futter-Mehl	1	18	—	1	18	—
Kleie	1	6	—	1	6	—
Roggen-Mehl Nr. 1.	3	8	—	3	15	—
" " " 2.	3	—	—	3	7	—
" " " 3.	2	—	—	—	—	—
Gemengt-Mehl (hausbacken)	2	24	—	3	1	—
Schrot	2	10	—	2	16	—
Futter-Mehl	1	18	—	1	18	—
Kleie	1	10	—	1	10	—
Graupe Nr. 1.	6	26	—	7	9	—
" " 3.	5	6	—	5	19	—
" " 5.	3	10	—	3	23	—
Grütze Nr. 1.	4	6	—	4	19	—
" " 2.	3	20	—	4	3	—
Koch-Mehl	2	8	—	—	—	—
Futter-Mehl	1	20	—	1	20	—

Telegramm.

Madrid, 24. Jan. In der heutigen Kortessitzung fand die Debatte über den Ausschluß sämmtlicher Bourbonen vom spanischen Throne statt. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag mit 150 gegen 37 Stimmen abgelehnt.

4

Breslau, 24 Januar. Die Börse war in günstiger Stimmung bei etwas besseren Kursen für die meisten Spekulationspapiere. Per ult. fix: Lombarden 136½ bez. u. Br., österreich. Kredit- 143½-42⅞-43 bez.

[Schlußkurse] Oesterreich. Loose 1860 —. Minerva 49 B. Schlesische Bank 118½ B. Oesterr. Kredit-Bankaktien 142⅞ G. Oberschlesische Prioritäten 73 B. do. do. 82 B. do. Lit. F. 88½ B do. Lit. G. 87⅞ B. do. Lit. H. 87⅞ B. Rechte Oder-Ufer-Bahn St.-Prioritäten 97½ B. Breslau-Schweid.-Freib. —. Oberschlesische Lit. A. u. O. 174½ bz. Lit. B. —. Rechte Oder-Ufer-Bahn 87⅞ bz. Kosel-Oderberg —. Amerikaner 92½ B. Italienische Anleihe 55½ B.

Telegraphische Korrespodenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 24. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nach Schluß der Börse matt. Kreditaktien 250½, Staatsbahn 371⅞, Lombarden 237½, Galizier 229.

(Schlußkurse.) 6% Verein. St.-Anl. pro 1882 91⅞. Türken 43. Oestr. Kreditaktien 251½. Oesterr.-franz. Staatsb.-Aktien 374. 1860er Loose 80½. 1864er Loose 114. Lombarden 238.

Frankfurt a. M., 24. Januar, Abends. [Effekten-Societät.] Amerikaner 91⅞, Kreditaktien 250½, Staatsbahn 370⅞, 1860er Loose 80⅝, Galizier 228⅞, Lombarden 237½, Silberrente 57⅞. Schwankend. Schluß fester.

Wien, 24 Januar. (Schlußkurse der officiellen Börse.) Fest. Nationalanlehen 70, 60, Kreditaktien 263, 00, St.-Eisenb.-Aktien-Cert. 390, 00, Galizier 238, 00, London 123, 10, Böhmische Westbahn 218, 00, Kreditloose 158, 25, 1860er Loose 98, 30, Lomb. Eisenb. 248, 50, 1864er Loose 119, 00, Napoleonsd'or 9, 84

Wien, 24. Januar, Abends. [Abendbörse.] Kreditaktien 258, 80, Staatsbahn 388, 00, 1860er Loose 98, 00, 1864er Loose 118, 50, Lombarden 246, 40, Galizier 237, 00, Napoleons 9, 84½. Flau. Nach Schluß sich erholend. Kreditaktien 260, 20, Lombarden 247, 00, Napoleon 9, 84.

Wien, 24. Januar. (Offiz. Schlußkurse.) Rente 60, 55, Bankaktien 724, 00, Nationalanleihe 70, 55, Kreditaktien 262, 90, 1860r Loose 98, 30, London 123, 15, Silberkupons 120, 75, Dukaten 5, 80½.

London, 24. Januar, Nachmittags 4 Uhr. Matt.

Konsols 92 7/16. Italien. 5% Rente 54 5/8. Lombarden 20 1/16. Türk. Anleihe de 1865 43 1/16. 6% Ver. St. pr. 1882 87 3/8.

Paris, 24. Januar, Nachmitt. 3 Uhr. Neue Türken 302. Matt, Schluß besser.

(Schlußkurse.) 3 pr. Rente 73, 70-73, 47½-73, 60. Italien. 5% Rente 55, 10. Oesterreich. Staats-Eisenbahnaktien 781, 25. Kredit-Mobilier-Aktien 210, 00. Lombardische Eisenbahn-Aktien 505, 00. do. Prioritäten 247, 75. Tabaksobligationen 436, 25. Tabaksaktien 647, 50. Türken 43, 50. 6proz. Verein St. pr. 1882 (ungest.) 98⅞.

Berlin, 24. Januar. Die Börse war im gestrigen Privatverkehr auf gute auswärtige Notirungen fest, das Geschäft aber gewann keine Ausdehnung. Heute war die Haltung im Ganzen unverändert, doch traten mehr Schwankungen ein. Die Wiener Notirungen befestigten die Haltung, konnten aber das Geschäft nicht beleben; nur in österreichischen Kreditaktien wurde verhältnißmäßig viel gehandelt; sehr matt dagegen, einer erwarteten starken Mindereinnahme wegen, waren Franzosen. Eisenbahnen blieben still, nur Warschau-Wiener, Halberstädter B's und besonders Görlitzer, welche 2 pCt. höher begehrt blieben, wurden in Posten gehandelt. In Betreff der Görlitzer war die Nachricht an die Börse gekommen, daß die Fusion dieser Bahn mit der Märkisch-Posenschen und Halle-Sorauer nicht genehmigt worden sei. — Banken waren still und tendenzlos, nur Darmstädter belebter. Inländische Fonds, Pfand- und Rentenbriefe blieben still. Deutsche gefragt. Oesterreichische still. Von russischen waren Prämienanleihen belebt, Schatz-Obligationen ziemlich belebt, 5. Stieglitz und Liquidations-Pfandbriefe gefragt.

Amerikaner fest. Rumänier in gutem Verkehr. — Inländische Prioritäten blieben fest und ziemlich belebt, besonders 5proz. Oberschlesische; österreichische und russische still, von ersteren Lemberg-Czernowitzer 2. und 3. Emission gesucht; russische fest, nur Jelez-Orel und Warschau-Wiener matt. — Alabama wurden in Posten gehandelt und blieben begehrt. — Sächsische Hypotheken-Pfandbriefe 48⅞ bezahlt.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 24. Januar 1870.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	95½ bz G
Staats-Anl. v. 1859	5	101 bz
do. 1854, 55, A.	4½	92¾ bz
do. 1857	4½	92⅝ bz
do. 1859	4½	92⅝ bz
do. 1856	4½	92¾ bz
do. 1864	4½	92⅝ bz
do. 1867 A.B.D.C	4½	92⅝ bz
do. 1850, 52 conv.	4	81¾ bz
do. 1853	4	81¾ bz
do. 1862	4	81½ bz
do. 1868 A.	4	81½ bz
Staatsschuldscheine	3½	78⅛ bz
Präm. St. Anl. 1855	3½	115½ B
Kurh. 40 Thlr.-Obl.	—	56⅞ bz
Kur- u. Neum. Schld	3½	78⅛ bz
Oderdeichbau-Obl.	4½	90 G
Berl. Stadtoblig.	5	101½ B
do. do.	4½	93½ bz
do. do.	3½	72½ bz
Berl. Börs.-Obl.	5	100 G
Pfandbriefe: Berliner	4½	89 B
Kur- u. Neum.	3½	73 B
do. do.	4	79¾ bz
Ostpreußische	3½	73 G
do.	4	79½ bz G
do.	4½	86⅜ bz
Pommersche	3½	71¾ bz
do.	4	80⅞ bz
Posensche	4	— —
do.	3½	— —
do. neue	4	81½ bz
Sächsische	4	— —
Schlesische	3½	— —
do. Lit. A.	4	— —
do. neue	4	— —
Westpreußische	3½	71½ bz
do.	4	89⅝ bz 4½%
do. neue	4	78½ bz [85 B
do.	4½	85 bz B
Rentenbriefe: Kur- u. Neum.	4	85½ B
Pommersche	4	86 B
Posensche	4	83½ bz
Preußische	4	83 bz
Rhein.-Westf.	4	90¾ B
Sächsische	4	87½ B
Schlesische	4	85 bz B
Preuß. Hyp.-Cert.	4½	98 bz
Pr. Hyp.-Pfdbr.	4½	92 G
Preuß. do. (Henkel)	4½	86 B

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	— —
do. National-Anl.	5	— —
do. 250 fl. Pr. Obl.	4	72½ G
do. 100 fl. Kred. L.	—	86¾ bz [-½ bz G
do. Loose (1860)	5	80⅝ bz ult. 80⅝
do. Pr.-Sch. v. 64	—	65 bz G
do. Silb. Anl. v. 64	5	— —
do. Bodenkr. Pfdbr.	5	88 bz G [do.
Ital. Anleihe	5	55½-⅜ bz G ult.
Ital. Tabak.-Obl.	6	86⅜-86⅝ bz
Rumän. Anleihe	8	93½ bz
Rum. Eisenb.-Anl.	7½	71⅞ bz fl. 71⅞ bz
5. Stieglitz-Anleihe	5	67 bz
R. russ. v. J. 1862	5	— —
do. 1864 engl. St.	5	89 G
do. 1864 holl. St.	5	89¾ G
do. 1866 engl. St.	5	89 G
do. 1866 holl. St.	5	89¾ G
Präm.-Anl. v. 1864	5	118⅛ bz
do. v. 1866	5	118¾ bz
Russ. Bodenkred. Pf.	5	82⅞ bz II. —
do. Nikolai-Oblig.	4	66⅛ bz n. 65¾ bz
Poln. Schatz-Obl.	4	gr. 68⅛ bz fl. 67⅛
do. Cert. A. 300 fl.	5	92¾ G [bz
do. Pfdbr. in S.R.	4	70½ G
do. Part.-O. 500 fl.	4	97⅝ B
do. Liqu.-Pfandbr.	4	57¼ G
Finn. 10 Thlr.-Loose	—	7⅞ etw bz B [bz
Amerik. Anl. 1882	6	92⅛ bz ult. 92⅛
Türkische Anl. 1865	5	43⅝ bz ult. 43½
Bad. 4½% St.-Anl.	4½	91½ G [G
Neue bad. 35 fl. Loose	—	32⅛ etw bz
Bad. Eis.-Pr.-Anl.	4	105⅝ etw bz
Bair. 4% Pr.-Anl.	4	106⅞ bz
do. 4½% St.A. v. 59	4½	— —
Braunschw. Anl.	5	100 G
Braunschw. Präm.-Anl. à 20 Thlr.	3½	18 7/12 bz
Dessauer Präm.-A.	5	96⅛ bz
Lübecker do.		47 B
Sächsische Anl.	5	100½ G
Schwed. 10 Thlr.-L.	—	—

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Anhalt. Landes-Bk.	4	98 etw bz
Berl. Kass.-Verein	4	161 G
Berl. Handels.-Ges.	4	128⅞ bz
Braunschw. Bank	4	114 G
Bremer Bank	4	111 G
Coburg. Kredit-Bk.	4	93 G
Danziger Priv.-Bk.	4	103¾ B
Darmstädter Kred.	4	127⅞ bz
do. Zettel-Bank.	4	102⅝ bz G
Dessauer Kredit-Bk.	0	6½ B
Disk.-Kommand.	4	130 bz B
Genfer Kredit-Bk.	4	19¾ bz G
Geraer Bank	4	93 G
Gwrbk. H. Schuster	4	108 G
Gothaer Priv.-Bk.	4	96½ bz B
Hannoversche Bank	4	96 G
Königsb. Priv.-Bk.	4	104½ bz
Leipziger Kred.-Bk.	4	113½ bz
Luxemburger Bank.	4	113 bz G
Magdeb. Privatb.	4	94 B
Meininger Kreditb.	4	116 bz
Moldau Land.-Bk.	4	23½ B vll 67 et bz
Norddeutsche Bank	4	136 G
Oestr. Kreditbank	5	143½-¼-⅞-¼ bz
Pomm. Ritterbank	4	88 bz [ult. do.
Posener Prov.-Bk.	4	100⅞ B
Preuß. Bank-Anth.	4½	139½ bz
Rostocker Bank	4	115 G
Sächsische Bank	4	124½ B
Schles. Bankverein	4	118 G
Thüringer Bank	4	85⅝ G
Vereinsbank Hamb.	4	114½ B
Weimar. Bank	4	87⅝ bz
Prß. Hyp.-Vers 25%	4	105½ G
Erste Prß. Hyp.-G	4	95 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —
do. II. Em.	4	81½ B
do. III. Em.	4½	— —
Aachen-Mastricht	4½	77½ bz G
do. II. Em.	5	— —
do. III. Em.	5	85 bz
Bergisch-Märkische	4½	93 bz B
do. II. Ser. (conv.)	4½	90½ B
III. Ser. 3½ v. St. g.	3½	76⅛ bz
do. Lit. B.	3½	76⅛ bz
do. IV. Ser.	4½	89½ G
do. V. Ser.	4½	88⅛ bz
do. VI. Ser.	4½	86⅜ bz
do. Düssel.-Elberf.	4	82⅜ B
do. II. Em.	4½	88 G
do. (Dortm.-Soest)	4	81½ G
do. II. Ser.	4½	— —
do. (Nordbahn)	5	97¾ bz G
Berlin-Anhalt	4	— —
do.	4½	91⅝ B
do. Lit. B.	4½	— —
Berlin-Görlitzer	5	99 bz
Berlin-Hamburg	4	85 bz
do. II. Em.	4	85 bz
Berl.-Potsd.-Mgd. Lit. A. u. B.	4	82½ G
do. Lit. C.	4	81½ G
Berlin-Stettin	4½	—
do. II. Em.	4	78¾ bz
do. III. Em.	4	78½ G
B.S. IV. S. v. St. g.	4½	90¾ bz G
do. VI. Ser. do.	4	78 bz B
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	87½ G G. 87½
Cöln-Crefeld	4½	— — [G
Cöln-Mind. I. Em.	4½	93⅛ bz
do. II. Em	5	100½ etw bz
do.	4	— —
do. III. Em.	4	81 bz G
do.	4½	89½ bz
do. IV. Em.	4	80¾ G
do. V. Em.	4	80½ G
Cosel-Oderb. (Wilh)	4	80⅝ bz G
do. III. Em.	4½	— —
do. IV. Em.	4½	— —
Galiz. Carl-Ludwb.	5	83⅜ B
Lemberg-Czernowitz	5	66¾ bz
do. II. Em.	5	74⅜ G
do. III. Em.	5	72⅛ bz
Magdeb.-Halberst.	4½	90 bz
do. do. 1865	4½	89¾ bz
do. Wittenb.	3	67½ B
do. Wittenb.	4½	90⅛ B
Niederschles.-Märk.	4	83¾ bz G
do. II. S. a 62½ tlr.	4	82⅛ G
do. c. I. u. II. Ser.	4	83 G
do. conv. III. Ser.	4	80⅜ G
do. IV. Ser.	4½	92 bz
Niederschl. Zweigb.	5	97 G
Oberschles. Lit. A.	4	— —
do. Lit. B.	3½	— —
do. Lit. C.	4	— —
do. Lit. D.	4	— —
do. Lit. E.	3½	72½ G
do. Lit. F.	4½	88½ bz [87½ B
do. Lit. G.	4½	87½ G Lit. H.
Oestr.-Französ. St.	3	289½ bz n 288½
Oestr. südl. St. (Lb.)	3	249 bz [bz
do. Lomb. Bons	6	100½ B
do. do. fällig 1875	6	99¾ B
do. do. fällig 1876	6	99 bz
do. do. fäll. 1877/8	6	98½ G
Ostpreuß. Südbahn	5	87½ bz G
Rhein. Pr.-Obligat.	4	82⅛ bz
do. v. Staat garant.	3½	— —
do. III. v. 1858 u. 60	4½	88 bz
do. 1862 u. 1864	4½	87½ bz 65r 87½
do. v. Staat garant.	4½	95 G [bz
Rhein-Nahe v. S. g.	4½	89 bz G
do. II. Em.	4½	89 bz G
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	— —
Charkow-Azow	5	78½ B
Jelez-Woron.	5	82½ G
Kozlow-Woron.	5	81 bz B
Kursk-Charkow	5	78⅜ bz
Kursk-Kiew	5	79⅜ bz
Mosko-Rjäsan	5	86¾ B
Poti-Tiflis	5	79 B
Rjäsan-Kozlow	5	82 bz
Schuja-Ivanow	5	78½ B
Warschau-Teresp.	5	78⅞ bz G kl. 79 B
Warschau-Wiener	5	84 bz
Schleswig	5	86⅛ G
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	88 G
do. III. Em.	4½	87¾ G
Thüringer I. Ser.	4	83¾ G
do. II. Ser.	4½	92½ G
do. III. Ser.	4	83¾ etw bz B
do. IV. Ser.	4½	92 B

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	38⅝ bz
Altona-Kieler	4	105½ G
Amsterdm-Rotterd.	4	94½ bz
Bergisch-Märkische	4	126 bz
Berlin-Anhalt	4	181⅛ etw bz
Berlin-Görlitz	4	68⅛-69½ bz
do. Stammprior.	5	88⅛ bz
Berlin-Hamburg	4	145½ bz
Berl-Potsd-Magd.	4	190 bz
Berlin-Stettin	4	131⅝ bz
Böhm. Westbahn	5	90 bz
Bresl.-Schw.-Frb.	4	108⅛ bz
Brieg-Neiße	4	89⅝ G
Cöln-Minden	4	117 bz B
do. Litt. B.	5	97⅜ bz
Cosel-Odb. (Wilh.)	4	109⅜ bz
do. Stammprior.	4½	109⅜ bz
do. do.	5	109⅜ bz
Galiz. Carl-Ludwig	5	97⅞ bz
Halle-Sorau-G.	4	61⅛ bz
do. Stammpr.	5	85 B
Löbau-Zittau	4	57⅞ B
Ludwigshaf.-Bexb.	4	170 B
Märkisch-Posen	4	55⅛ bz
do. Prior.-St.	5	81⅛ bz
Magdeb.-Halberst.	4	118½ bz
do. Stamm-Pr. B.	3½	68⅝ bz
Magdeb.-Leipzig	4	192½ bz
do. do. Lit. B.	4	87⅛ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	132⅞ bz
Mecklenburger	4	74⅞ bz
Münster-Hammer	4	86 bz
Niederschl.-Märk.	4	87½ bz
Niederschl. Zweigb.	4	88½ G
Nordh.-Erf. gar.	4	77 bz B
Nordh.-Erf. St.-Pr.	5	91½ bz
Oberhess. v. St. gar.	3½	vll 68 bz 25%.—
Oberschl. Lit. A. u. C.	3½	174½ etw bz G [bz
do. Lit. B.	3½	159½ B [-12
Oest.-Frnz.-Staats.	5	— — ult. 215½
Oest. Südb. (Lomb.)	5	136 bz ult. 136½-
Ostpr. Südbahn	4	33⅝ bz [35⅞ bz
do. St.-Prior.	5	62½ bz
Rechte Oder-Uferb.	5	87½ bz
do. do. St.-Pr.	5	97⅜ bz G
Rheinische	4	112⅞ bz G 40%.
do. Lit. B. v. St. g.	4	80¾ etw bz [—
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	22⅝ bz
Russ. Eisenb. v. St. g.	5	89⅛-89½ bz
Stargard-Posen	4½	93⅛ etw bz
Thüringer	4	134½ B
do. 70%.	5	127½ B
do. B. gar.	4	vll 78⅝ bz
Warschau-Bromb.	4	60 bz kl. 57 G
do. Wiener	5	55½ bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113 7/12 bz
Gold-Kronen	—	9. 9½ G
Louisd'or	—	111¾ bz
Sovereigns	—	6. 23¾ G
Napoleonsd'or	—	5. 12 bz G
Imp. p. Zpfd.	—	466 etw bz B
Dollars	—	1. 11⅞ bz G
Silber pr. Zpfd.	—	29. 24 G
K. Sächs. Kass.-A.	—	99⅝ bz
Fremde Noten	—	99¾ bz
do. (einl. in Leipz.)	—	99⅚ bz
Oestr. Banknoten	—	82⅜ bz
Russische do.	—	75⅝ bz

Wechsel-Kurse vom 24. Januar.

Bankdiscont	5	
Amstrd. 250 fl. 10 T.	5	— —
do. 2 M.	5	— —
Hamb. 300 Mk. 8 T.	3½	— —
do. 2 M.	3½	— —
London 1 Lstr. 3 M.	3	— —
Paris 300 Fr. 2 M.	2½	— —
Wien 150 fl. 8 T.	5	82⅜ B 82¼ G
do. do. 2 M.	5	81¾ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	5	— —
Frankf. 100 fl. 2 M.	4	— —
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	5½	— —
do. do. 2 M.	5½	— —
Petersb. 100 R. 3 W.	6	83 bz
do. do. 3 M.	6	82½ G
Warschau 90 R. 8 T.	6	74⅞ bz
Brem. 100 Tlr. 8 T.	4	— —

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.